



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Zur Lage der jungen Generation

*Die Jugendbroschüre zum 17. Kinder-
und Jugendbericht*

bmfsfj.de

Inhalt

<i>Ungleiche Chancen</i>	6
1.1 Armut und soziale Ungleichheiten	8
1.2 Einwanderungsgeschichten und natio-ethno-kulturelle Zugehörigkeiten	11
1.3 Behinderungen	13
1.4 Sexuelle Orientierungen und Geschlechtsidentitäten	15
1.5 Stadt und Land	16
1.6 Aufwachsen in Ostdeutschland	17
1.7 Fazit und Rolle der Kinder- und Jugendhilfe	20
<i>Beteiligung und Engagement</i>	22
2.1 Politische Beteiligung junger Menschen	24
2.2 Engagement	31
<i>Demokratiefeindlichkeit, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Extremismus</i>	34
3.1 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	37
3.2 Extremismus	39
3.3 Jungsein in einer Demokratie unter Druck	39
3.4 Demokratiebildung und politische Bildung	41
<i>Aufwachsen in Zeiten vielfältiger Krisen</i>	42
4.1 Corona-Pandemie	45
4.2 Kriegerische Auseinandersetzungen	49
4.3 Demographischer Wandel und Fachkräftemangel	50
4.4 Klimawandel	51
4.5 Auswirkungen von Krisen auf die mentale Gesundheit junger Menschen	53
4.6 Besonders vulnerable Gruppen	56
4.7 Umgang mit krisenhaften Entwicklungen	57
<i>Stichwortregister</i>	58
<i>Autor:innen</i>	64
<i>Literaturquellen/Grafikquellen/Bildnachweise</i>	66
<i>Impressum</i>	72

Jungsein in Deutschland heute...

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene navigieren im Jahr 2024 durch eine komplexe Welt. Sie sind mit vielen Fragen konfrontiert: Wie mit den gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie umgehen? Was dem Klimawandel entgegensetzen, der unsere Lebensgrundlagen bedroht? Driftet die Gesellschaft weiter auseinander? Wie groß ist die Gefahr von Extremismus und Populismus? Existieren Sicherheit und Frieden noch? Und wenn ja, wie lange? Kriege wie die in der Ukraine oder im Nahen Osten stellen das zuvor selbstverständliche Sicherheitsgefühl junger Menschen auf eine harte Probe. Auch die wirtschaftliche Lage und die Inflation führen zu Verunsicherung, zu viele junge Menschen leben in Armut oder sind von Armut bedroht.

Ein großer Teil der jungen Generation fühlt sich im Stich gelassen, was Misstrauen gegenüber politischen Entscheidungsträger:innen erzeugen kann. Rechtsextremist:innen scharen bisher zwar nur eine Minderheit um sich, doch diese Minderheit wächst – über alle Generationen hinweg. Was macht all das mit jungen Menschen in Deutschland? Angesichts der vielfältigen Krisen überrascht es nicht, dass sie politischer zu sein scheinen als frühere Jahrgänge. Das ist aber auch ein gutes Zeichen: Sie möchten ihre Lebensrealitäten und ihre Zukunft aktiv mitgestalten.

Der 17. Kinder- und Jugendbericht gibt einen detaillierten Einblick in die Lage und die Herausforderungen junger Menschen. Eine unabhängige Kommission aus Expert:innen hat den Bericht im Auftrag der Bundesregierung geschrieben. Sie ist gesetzlich dazu verpflichtet, dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat in jeder

Legislaturperiode einen solchen Bericht zur Lage der jungen Generation und zur Situation der Kinder- und Jugendhilfe vorzulegen und dazu Stellung zu nehmen.

In dieser Broschüre bereiten zehn junge Redakteur:innen im Alter zwischen 16 und 26 Jahren den etwa 600 Seiten langen Bericht für junge Menschen journalistisch auf. Dabei setzen sie eigene Schwerpunkte. Als Chefredakteur:innen haben wir dafür zunächst einen Raum geschaffen, in dem die Redakteur:innen offen besprechen konnten, welche Themen des Berichts sie am meisten bewegen: was ihnen Angst, was ihnen Hoffnung macht, was sie sich für ihre eigene Zukunft – und die anderer junger Menschen mit verschiedenen Ausgangsbiografien – in Deutschland wünschen.

Die zwei Redaktionswochen in Berlin und natürlich der Bericht selbst geben uns einen Einblick, wie es sich anfühlt, in einer Welt von Unsicherheiten und Uneinigkeiten aufzuwachsen. Ein zentrales Thema in unseren Gesprächen war das gesellschaftliche Auseinanderdriften auf verschiedenen Ebenen: Es ging um die völlig unterschiedlichen Lebensrealitäten und Perspektiven von Menschen, die viel besitzen und denjenigen, die fast gar nichts haben; von Menschen, die wahre Panik vor der Klimakatastrophe verspüren und denjenigen, die sich sorgen, dass durch die Klimamaßnahmen das Leben in Deutschland noch teurer wird; von Menschen, die ihre Lebensgrundlagen durch Einwanderung nach Deutschland bedroht sehen, und denjenigen, die über eine alternde Gesellschaft und Fachkräftemangel sprechen.

Der 17. Kinder- und Jugendbericht zeigt: In den gesellschaftlichen und politischen Debatten und Entscheidungen der letzten Jahre wurden die Bedürfnisse junger Menschen oft nicht ausreichend berücksichtigt. Besonders deutlich wurde das während der Corona-Pandemie. Die Krisen der letzten Jahre wirken sich auf das Aufwachsen junger Menschen aus. Beispielsweise ist es – so das persönliche Résumé der Jugendredaktion – heute noch schwieriger als zuvor, sich wirklich unabhängig zu machen.

Viele der persönlichen Eindrücke der Jugendredaktion decken sich mit den Befunden des Berichts und den darin festgehaltenen Stimmen junger Menschen. Die Expert:innen-Kommission hat für den Bericht über 5.400 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in unterschiedlichen Formaten beteiligt.

Die vier Kapitel unserer Broschüre beleuchten Themen des Berichts, die die Jugendredaktion als besonders wichtig für junge Menschen erachtet: Das erste Kapitel „Ungleiche Chancen“ blickt auf die unterschiedlichen Lebensumstände, Zugehörigkeiten und Zuschreibungen junger Menschen, die noch immer zu ungleichen

Teilhabechancen führen. Im Kapitel „Beteiligung und Engagement“ widmen wir uns den Rahmenbedingungen und der gelebten Praxis von Beteiligung und Engagement junger Menschen – einem der Kernelemente einer demokratischen Gesellschaft. Und wo wir gerade dabei sind: Wie steht es um die Demokratie in Deutschland? Welche Einstellungen haben Kinder und Jugendliche zu ihr? Was prägt ihr Aufwachsen in einer Demokratie unter Druck? Antworten liefert das dritte Kapitel „Demokratiefeindlichkeit, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Extremismus“. Im Abschlusskapitel widmet sich die Broschüre dem „Aufwachsen in Zeiten vielfältiger Krisen“. Hier werden die Krisen und ihre Auswirkungen beleuchtet und es wird ein Blick auf den Umgang junger Menschen mit krisenhaften Entwicklungen geworfen.

Wir möchten allen Interessierten mit dieser Broschüre einen kompakten Überblick über die Interessenschwerpunkte unserer Jugendredaktion zum 17. Kinder- und Jugendbericht bieten. Viel Spaß beim Lesen.

Die Chefredakteurinnen

Nina Heinrich & Klaudia Lagozinski



Die Redaktion; eigenes Foto



Ungleiche Chancen



Nicht jeder Mensch hat in unserer Gesellschaft die gleichen Chancen. Welche Möglichkeiten jungen Menschen offenstehen, hängt von vielen Faktoren ab, beispielsweise davon, wo sie wohnen, welches Geschlecht sie haben, ob sie mit einer Behinderung leben oder ob sie in einer Familie mit Migrationsgeschichte aufwachsen.

Doch wie genau wirkt sich dies auf das Leben junger Menschen aus? Und was muss passieren, damit mehr junge Menschen bessere Chancen haben? Dieses Kapitel beleuchtet ausgewählte Lebensumstände, die die Teilhabechancen junger Menschen beeinflussen können.

1.1 Armut und soziale Ungleichheiten

Etwa ein Fünftel der Kinder und Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr leben in Armut. In der Forschung wird unterschieden zwischen absoluter und relativer Armut. Können die Grundbedürfnisse für das reine Überleben nicht gedeckt werden, spricht man von absoluter Armut. In relativer Armut mangelt es den Betroffenen zwar nicht an überlebenswichtigen Gütern wie Nahrung, Wohnraum oder Kleidung, jedoch ist ein durchschnittlicher Lebensstil nicht möglich. Wird von armen Menschen in Deutschland gesprochen, geht es in der Regel um diejenigen, die in relativer Armut leben.

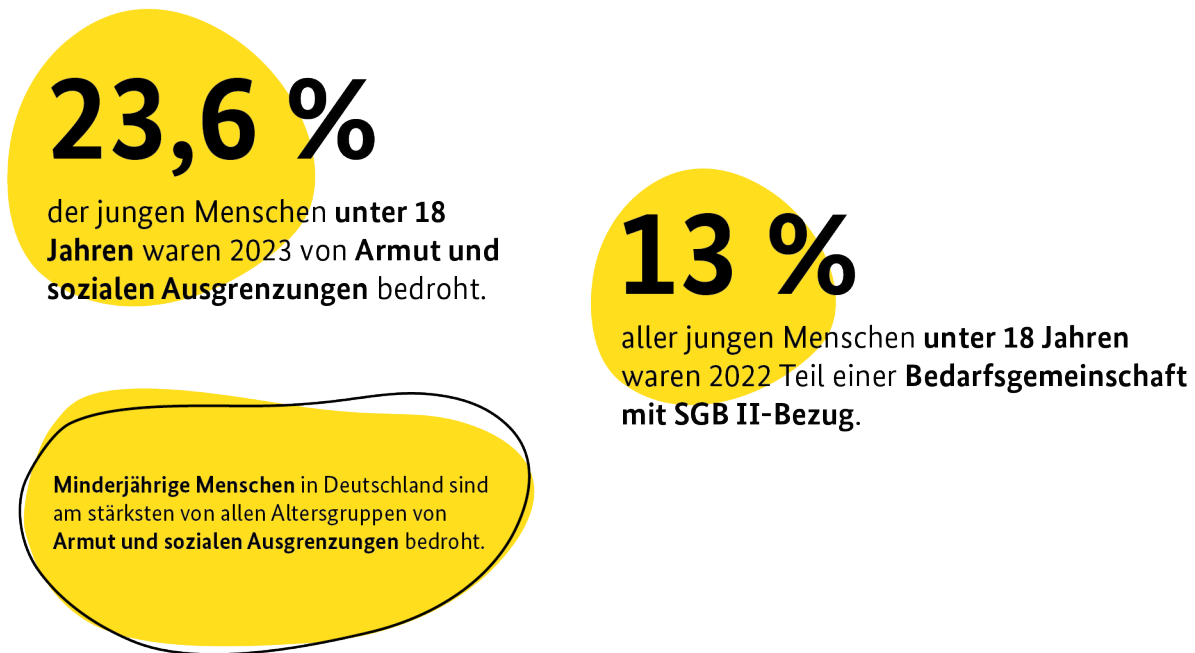
Unterschiedliche Faktoren wirken sich auf die Wahrscheinlichkeit aus, in Armut aufzuwachsen. Die Kommission betont, „dass das Risiko für Kinder, in Armut aufzuwachsen, u. a. davon abhängt, in welcher Familienform – und hier insbesondere in Haushalten Alleinerziehender – sie leben, ob sie viele Geschwister haben oder aus Zuwandererfamilien kommen“ (17. KJB, S. 195). Lebt ein Kind hingegen in einer Familienkonstellation mit beiden Eltern und einem oder keinem Geschwisterkind, ist die Wahrscheinlichkeit, arm aufzuwachsen, niedriger.

Darüber hinaus haben weitere Faktoren Einfluss auf die Startchancen junger Menschen, zum Beispiel der Beruf, die Bildung und das gesellschaftliche Netzwerk der Eltern. Sind die Eltern finanziell abgesichert, gut ausgebildet und in der Gesellschaft vernetzt, hat ein Kind es einfacher, sich Bildung anzueignen, eine gute Ausbildung oder einen Praktikumsplatz zu erhalten.

Armut ist mit vielen weiteren Nachteilen verknüpft. Der 17. Kinder- und Jugendbericht hebt beispielsweise das Problem sozialer Segregation hervor: Eine hohe Armutsquote in bestimmten Wohngebieten geht häufig mit schlechterer sozialer Infrastruktur einher, zum Beispiel weniger Betreuungs- und Freizeitangeboten. Einkommensschwache Familien haben oft nicht die Möglichkeit, an einen Ort mit besserer Infrastruktur umzuziehen, da dies häufig mit höheren Mieten verbunden wäre.

**„Deutschland gehört zu den reichsten Ländern der Welt. Ungeachtet dessen gehen Expert:innen davon aus, dass bis zu 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland in Armut aufwachsen.“
(17. KJB, S. 192)**

Abbildung 01: Armut und soziale Ausgrenzung



Quelle: Statistisches Bundesamt 2024g, Bundesagentur für Arbeit 2022a, aufgeführt im 17. KJB, S. 116

In einigen Familien fehlt außerdem das Geld für oder das Wissen über gesunde Ernährung. Hat ein Mensch keinen oder nur beschränkten Zugang zu gesundem Essen, wird von Ernährungsarmut gesprochen. Sie ist eigentlich der absoluten Armut zuzuordnen und wird in Deutschland häufig übersehen. Während der Pandemie waren mehr junge Menschen von Ernährungsarmut betroffen als zuvor. Ein Grund war der Wegfall von Essensangeboten in Kindertageseinrichtungen und Schulen. Viele Familien konnten ohne diese Angebote eine ausgewogene Ernährung nicht sicherstellen.

Diese schlechteren Chancen in Kindheit und Jugend führen auch im weiteren Leben zu Nachteilen und verstärken auf diese Weise soziale Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft. Menschen mit niedrigem sozioökonomischem Status sind beispielsweise seltener politisch aktiv und auf Bundes- und EU-Ebene unterrepräsentiert. Damit haben sie auch weniger Einfluss auf politische Entscheidungen.

Dieser Teufelskreis zeigt sich auch im Zusammenhang von Armut und Bildung. Die Bildungschancen in Kindheit und Jugend haben Einfluss auf den weiteren Lebensweg junger Menschen und wirken sich auch auf ihren späteren sozioökonomischen Status aus. „Ungleichheiten in den Bildungsbiografien der Eltern, so die Berichtskommission, spiegeln sich in den Bildungsbiografien der jungen Heranwachsenden wider.“ (17. KJB, S. 195) So beenden junge Erwachsene aus ärmeren Haushalten mit niedrigerem Bildungsniveau seltener eine Ausbildung oder ein Studium. Viele junge Menschen aus einkommensschwachen Familien können ihrer Ausbildung zudem weniger Zeit widmen, weil sie sich mit Nebenjobs finanziell über Wasser halten müssen.

Der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften ist in Deutschland in allen Bereichen hoch. Doch trotz dieser aus Sicht der jungen Menschen positiven beruflichen Perspektive gilt: Wer weder eine Ausbildung noch ein Studium abschließt, hat schlechte Chancen, eine Stelle zu erhalten, die Fachkenntnisse voraussetzt. Oft landen diese jungen Menschen dann in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen wie beispielsweise einer befristeten und schlecht bezahlten Anstellung.

Dass nicht jedes Kind und nicht jede:r Jugendliche den gleichen Zugang zu Bildung hat, wurde vor allem in der Corona-Pandemie deutlich. Der Zugang zu Internet, Laptops oder Tablets war während der Pandemie für Bildung essentiell, aber abhängig von den finanziellen Möglichkeiten einer Familie. Mit dem Wegfall der Schule als Lernort beeinflussten die Wohnverhältnisse während der Corona-Pandemie umso mehr, wer wie zielbringend lernen konnte. Kinder in engen und mit Geschwistern geteilten Zimmern konnten seltener ohne Ablenkung lernen.

Während einige Eltern sowohl die Zeit als auch das nötige Wissen hatten, um Kinder zuhause bei Schulaufgaben zu unterstützen, bestand diese Möglichkeit in anderen Familien nicht. Die Corona-Pandemie hat diese Zustände nicht nur verschärft, sondern sie auch in den gesellschaftlichen Fokus gerückt.

Auch nach der Pandemie bleiben Probleme bestehen. Das liegt auch am reformbedürftigen Bildungswesen. Kinder und Jugendliche berichten von hohem Leistungsdruck und einer Verdichtung von Lerninhalten an Schulen. Dadurch können sie die Freude am Lernen verlieren. Insbesondere Schüler:innen, die bereits mit anderen Belastungen umgehen müssen, werden davon weiter unter Druck gesetzt. Um mit dem Lernstoff Schritt zu halten, lassen viele junge Menschen Erholungsphasen aus. Dadurch können langfristig gesundheitliche Probleme entstehen, da Körper und Geist sich nicht ausreichend erholen können.

Das sagt die Bundesregierung dazu:

„2023 von der Bundesregierung beschlossen, soll der [Nationale Aktionsplan „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“] mit einer Laufzeit bis 2030 Kinderarmut und soziale Ausgrenzung bekämpfen sowie Chancengleichheit fördern. Ausgangspunkt ist die – auch im 17. Kinder- und Jugendbericht herausgestellte – Tatsache, dass, um die Lebenslagen von armutsbetroffenen und armutsgefährdeten Kindern und Jugendlichen zu verbessern, sowohl die notwendige soziale Infrastruktur zu gewährleisten ist, als auch die lebensnahen Zugänge zu dieser Infrastruktur.“ (17.KJB, S. 8)



Unsplash: Getty Images

1.2 Einwanderungsgeschichten und natio-ethno-kulturelle Zugehörigkeiten

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Der Bevölkerungsanteil mit Einwanderungsgeschichte wächst: Im Jahr 2023 lag er bei den unter 25-Jährigen bei 29 Prozent. 13 Prozent von ihnen haben eine eigene Migrationserfahrung (Statistisches Bundesamt 2023, aufgeführt im 17. KJB, S. 203). Für viele junge Menschen in Deutschland ist eine diverse Bevölkerung alltägliche Lebensrealität. Sie stehen dieser Entwicklung optimistischer und gelassener gegenüber als alle anderen Altersgruppen.

17,1 Prozent der 12- bis 26-Jährigen, die in Deutschland leben, aber im Ausland geboren sind, berichten, dass sie oft Diskriminierung und Benachteiligung erfahren. Fast zehn Prozent der jungen Menschen machen ähnliche Erfahrungen, wenn ihre Eltern eingewandert sind, sie selbst aber in Deutschland geboren sind (AID:A-Daten des Deutschen Jugendinstituts von 2019, aufgeführt im 17. KJB, S. 205).

Der 17. Kinder- und Jugendbericht wendet sich weitgehend vom „Migrationshintergrund“ als statistischer Kategorie ab, weil dieser den falschen Eindruck erweckt, bei Menschen mit Migrationshintergrund handele es sich um eine homogene Gruppe, die nicht zur Mehrheitsgesellschaft gehöre. Durch Verwendung des Begriffs „natio-ethno-kulturelle Zugehörigkeit“ unterstreicht der Bericht stattdessen, dass alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit unterschiedlichen Nationalitäten, ethnischen Identifikationen und kulturellen Zugehörigkeiten ausgestattet sind – in verschiedenen Kombinationen und mit einem individuellen Maß der persönlichen Identifizierung.

Mit verschiedenen natio-ethno-kulturellen Zugehörigkeiten und Zuschreibungen gehen unterschiedlich starke Privilegien und Benachteiligungen einher. Benachteiligung macht sich z. B. bei der Wohnungssuche, auf dem Arbeitsmarkt oder in der nachrichtlichen Berichterstattung bemerkbar. Junge Menschen, die als deutsch-türkisch, deutsch-arabisch oder afrodeutsch gelesen werden, sind von dieser Diskriminierung besonders betroffen. So werden beispielsweise junge Menschen, die als deutsch-arabisch oder deutsch-türkisch und als cis-männlich gelesen werden, in der politischen und medialen Debatte häufig pauschal kriminalisiert und zur Gefahr erklärt.



Unsplash: Hrant Khachatryan

Auch Verwaltungsabläufe in Deutschland sind in Teilen nicht migrationssensibel. Unzeitgemäße Vorschriften erzeugen Probleme für eingewanderte Menschen, beispielsweise in Ausländerbehörden, bei der Arbeitssuche oder dem Bemühen um Weiterqualifikation. Außerdem stellt die mangelnde Digitalisierung gepaart mit dem Beharren auf deutschsprachiger Kommunikation besonders Menschen vor Schwierigkeiten, deren Erstsprache nicht Deutsch ist.

Auch die Armutsquote ist bei Personen mit Migrationsgeschichte höher als in der Gesamtbevölkerung. Allein das führt schon zu schlechteren Bildungschancen. Hinzu kommt, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationsgeschichte auch im Bildungssystem, etwa in Kindertagesstätten und Schulen, Diskriminierung erfahren. Statt beispielsweise die Chancen von Mehrsprachigkeit wertzuschätzen, werden manche Kinder aufgrund ihrer Mehrsprachigkeit benachteiligt. Diese institutionelle Diskriminierung beeinflusst die Aufstiegschancen junger Menschen zusätzlich negativ. Kinder mit Migrationsgeschichte verlassen die Schule öfter mit niedrigem Schulabschluss und beginnen seltener ein Studium. Deshalb unterstreicht der 17. Kinder- und Jugendbericht die Notwendigkeit, auch in Schulen und in der Kinder- und Jugendhilfe Vorurteile und Stigmatisierungen gegenüber jungen Menschen abzubauen und ihre soziale Teilhabe zu fördern.

„Absehbar werden Menschen mit Einwanderungsbiographie die Mehrheit der jungen und schließlich der gesamten Bevölkerung Deutschlands ausmachen. Das Maß, in dem es im Sinne aller in Deutschland lebenden Menschen gelingt, diese Netzwerke zu fördern, statt Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu diskriminieren und dabei in einer Haltung von Migrationsabwehr bis hin zu rechtsextremistischen Positionen zu erstarren, wird maßgeblich über den demographischen sowie ökonomischen Wohlstand Deutschlands entscheiden.“ (17. KJB, S. 203)

Das sagt die Bundesregierung dazu:

„Die konsequente Abwendung der Kommission vom statistischen Merkmal ‚Migrationshintergrund‘ als pauschale Differenzkategorie zur Beschreibung scheinbar geteilter natio-ethno-kultureller Zugehörigkeit ist aus Sicht der Bundesregierung ein wertvoller Beitrag für die weitere Diskussion in diesem Bereich. In Deutschland leben Millionen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit unterschiedlichen Nationalitäten, ethnischen Identifikationen und kulturellen Zugehörigkeiten – in verschiedenen Kombinationen und mit einem individuellen Maß der persönlichen Identifizierung. Mit den unterschiedlichen Zugehörigkeiten gehen unterschiedlich starke Privilegien und Benachteiligungen einher, bis hin zu expliziter Geringschätzung und rassistischen Anfeindungen.

Das betrifft häufig junge Menschen aus Familien mit Einwanderungsgeschichte. Der Bericht stellt fest, dass die Anzahl junger Menschen, die selbst in Einwanderungsfamilien aufwachsen, seit Jahrzehnten kontinuierlich steigt und sich inzwischen auf einem sehr hohen Niveau bewegt. Das hat Auswirkungen auf das Zusammenleben aller jungen Menschen in Deutschland, unabhängig von einer Einwanderungsgeschichte. Die Bundesregierung teilt die Einschätzung, dass es Aufgabe aller ist, in dieser Einwanderungsgesellschaft ‚anzukommen‘ (Kap. 2.2.5.6).“ (17.KJB, S. 6-7)

1.3 Behinderungen

Für den Begriff Behinderung gibt es keine einheitliche Definition. Im 17. Kinder- und Jugendbericht wird eine Behinderung definiert als eine diagnostizierte „körperliche, seelische, geistige oder sinnesbezogene Beeinträchtigung“ (17. KJB, S. 207), die eine Person an einer gleichberechtigten Teilhabe hindert. Diese Benachteiligung junger Menschen mit Behinderungen ist Folge der gesellschaftlichen Reaktion auf individuelle Beeinträchtigungen. Deshalb ist es wichtig, Behinderung auch als gesellschaftliches und nicht nur als individuelles Phänomen zu adressieren.

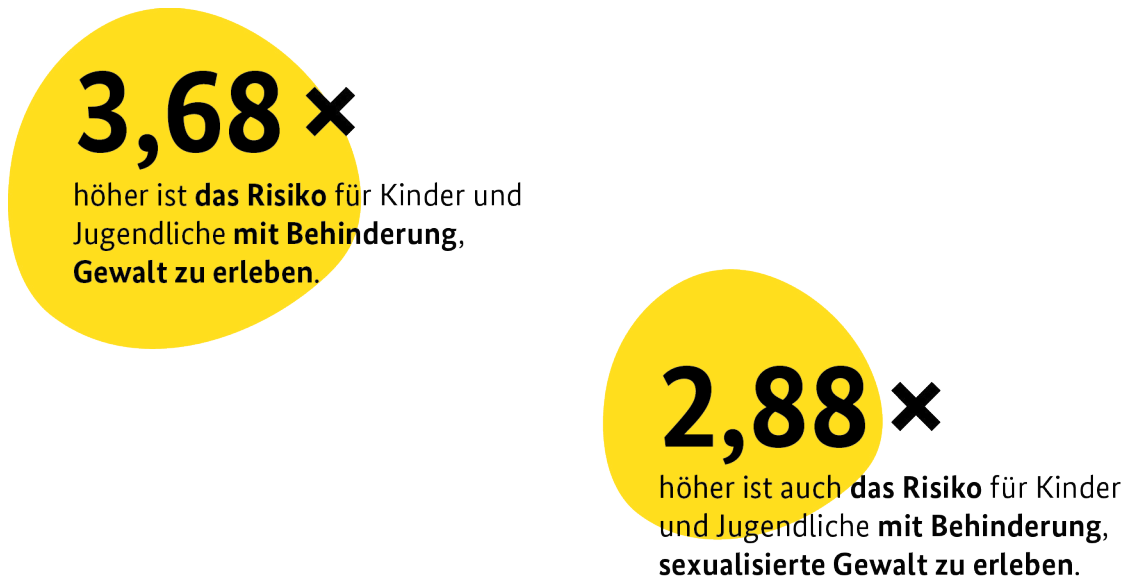
Bisher gibt es keinen verlässlichen Gesamtüberblick über die Zahl junger Menschen mit Behinderung in Deutschland. Auch in der Forschung werden Kinder und Jugendliche mit Behinderung zu wenig berücksichtigt. Das ist ein Problem, denn was nicht erkannt wird, kann nicht verbessert werden. Das mangelnde Bewusstsein

für die Bedürfnisse und die Lebenssituation von jungen Menschen mit Behinderung wurde auch in der Corona-Pandemie deutlich, denn von Entscheider:innen und Politiker:innen wurden sie zunächst kaum mitgedacht.

„Menschen mit Behinderung [weisen] einer repräsentativen Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zufolge ein um 14,5 Prozent höheres Diskriminierungsrisiko als Menschen ohne Behinderung auf“. (Beigang u. a. 2017, S. 108, zitiert im 17. KJB, S. 117-118)

Junge Menschen mit Behinderung erfahren zahlreiche Benachteiligungen, die ihre Selbstentfaltung und gesellschaftliche Teilhabe erschweren. Sie wachsen statistisch gesehen häufiger mit einem alleinerziehenden Elternteil auf als Kinder und Jugendliche ohne Behinderung (Bundesministerium für Arbeit und Soziales, aufgeführt im 17. KJB, S. 209). Sie haben außerdem ein höheres Armutsrisiko.

Abbildung 02: Risiko, Gewalt zu erleben, mit und ohne Behinderung



Quelle: Jones u. a. 2012, aufgeführt im 17. KJB, S. 213

Darüber hinaus ist ihr Risiko erhöht, Gewalt zu erleben, beispielsweise auch sexualisierte Gewalt. Junge Menschen mit Behinderung haben ein 2,88-fach erhöhtes Risiko, sexualisierte Gewalt zu erleben (Jones u. a. 2012, aufgeführt im 17. KJB, S. 213).

Kinder und Jugendliche mit komplexen Mehrfachbehinderungen und hohem Unterstützungsbedarf besuchen meistens Förderschulen und nur in Einzelfällen allgemeine Schulen. Ihre Lebenssituation ist besonders prekär, denn aufgrund fehlender Zugänge und Unterstützung ist ihre Freizeitgestaltung und kulturelle Teilhabe erheblich erschwert.

Die Digitalisierung ist für die Teilhabe junger Menschen mit Behinderung enorm wichtig, birgt aber auch Herausforderungen für Inklusion. Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes hat in der Allgemeinen Bemerkung „Über die Rechte der Kinder im digitalen Umfeld“ im Jahr 2021 Empfehlungen für die digitale Teilhabe von Kindern mit Behinderung formuliert, die im 17. Kinder- und Jugendbericht wie folgt zusammengefasst werden:

1. „Abbau von Barrieren durch barrierefreie Formate;
2. Bereitstellung von Hilfstechnologien;
3. Abschaffung von diskriminierenden Verfahrensweisen;
4. Sensibilisierung und Schulung von Familien und pädagogischem Personal für die Anwendung von digitalen Medien;
5. Förderung von technologischen Innovationen und Einbezug von Kindermeinungen bei Design- und Herstellungsprozessen;
6. Reduzierung bzw. Abschaffung von digitalen Gefahren für Kinder“ (17. KJB, S. 106)

Das sagt die Bundesregierung dazu:

„Auch der spezifischen Herausforderungen für junge Menschen mit Behinderungen ist sich die Bundesregierung bewusst. Es ist eine der zentralen Aufgaben von Politik und Gesellschaft, die Teilhabe von jungen Menschen mit Behinderungen und ihren Familien weiter zu stärken. Die geplante Schaffung der gesetzlichen Grundlage für die Zusammenführung der Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche unter dem Dach der Kinder- und Jugendhilfe (sogenannte inklusive

Lösung) ist ein wichtiger Schritt dafür. [...]

Für die Kommunen ist für eine erfolgreiche Umsetzung eine gute Vernetzung und ein enger Austausch wichtig. [...] Darüber hinaus ist eine verbesserte Datenlage und weitere Forschung zu den Lebenslagen junger Menschen mit Behinderungen und ihren Bedürfnissen erforderlich, um Teilhabebarrrieren zu identifizieren und evidenzbasiert politische Maßnahmen für die Zielgruppe zu entwickeln und umzusetzen.“ (17. KJB, S. 8)

1.4 Sexuelle Orientierungen und Geschlechtsidentitäten

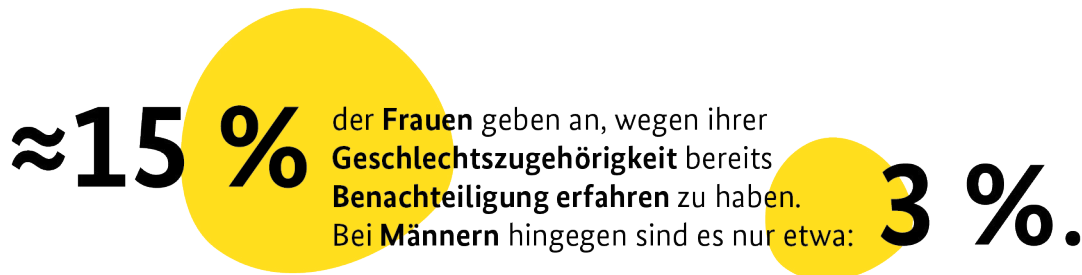
Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität bedingen sich nicht gegenseitig. „Die Geschlechtsidentität sagt nichts über die sexuelle Orientierung aus und umgekehrt“ (Scharmanski u. a. 2022, S. 3, zitiert im 17. KJB, S. 215). „Unter Geschlecht wird die individuelle geschlechtliche Zugehörigkeit einer Person verstanden. Die sexuelle Orientierung ‘bezieht sich auf die geschlechtliche Zugehörigkeit der Person, zu der sich ein Mensch romantisch, sexuell und/oder emotional hingezogen fühlt‘ (Krell, 2022, S. 67, zitiert im 17. KJB, S. 215).

Trotz voranschreitender gesetzlicher Gleichstellung erfahren queere Menschen noch immer Diskriminierung in vielen Lebensbereichen, beispielsweise in Familie, Schule, Ausbildung, Arbeit, Behörden, Freizeit oder sozialen Medien.

Die Teilhabechancen junger Menschen sind auch abhängig von ihrem Geschlecht. Während sich die Bildungschancen von Jungen und Mädchen in Deutschland angleichen, bestehen Ungleichheiten in der Arbeitswelt sowie bei der geschlechtsbezogenen Verteilung unbezahlter Care-Arbeit fort. Diese ungleiche Verteilung der Care- und Lohnarbeit erleben viele Kinder und Jugendliche schon bei ihren Eltern, die für sie häufig Rollenvorbilder sind.

In der Arbeitswelt haben Frauen schlechtere Berufsperspektiven und erhalten tendenziell geringere Vergütungen. Verglichen mit jungen Männern wählen junge Frauen ihren Beruf u. a. aufgrund weiterhin bestehender Geschlechtsrollenstereotypen oder Fragen der Vereinbarkeit von Job und Familie oft aus einem kleineren Spektrum. Sie sind in ihren Berufen im Vergleich zu Männern unzufriedener.

Abbildung 03: Berufliche Benachteiligung nach Geschlechtszugehörigkeit



Quelle: Beigang u. a. 2017, aufgeführt im 17. KJB, S. 119

Ein Großteil der Menschen findet die Gleichstellung der Geschlechter im Beruf – beispielsweise in Bezug auf Arbeitszeit und Entlohnung – wichtig. Jedoch denken mehr Männer als Frauen, dass alle bereits gleichgestellt seien. Während knapp 15 Prozent der Frauen angeben, bereits Benachteiligung wegen ihrer Geschlechtszugehörigkeit erfahren zu haben, geben dies nur etwa drei Prozent der Männer an (Beigang u. a. 2017, aufgeführt im 17. KJB, S. 119).

Mädchen und junge Frauen sind in deutlich höherem Ausmaß Opfer von geschlechterbezogenen Hassverbrechen und Hate Speech sowie sexualisierter Gewalt im Netz. Auch sind sie mit deutlichem Abstand häufiger Opfer von sexualisierter Gewalt und Kindesmissbrauch. Alle vier Minuten wird eine Frau in Deutschland Opfer von partnerschaftlicher Gewalt. Frauen sind rund viermal so oft wie Männer Opfer von häuslicher Gewalt (Bundeskriminalamt 2022, aufgeführt im 17. KJB, S. 2019). Etwa jeden dritten Tag wird in Deutschland eine Frau von ihrem (Ex-)Partner getötet (Bundeskriminalamt 2022, aufgeführt im 17. KJB, S. 119). Eine Befragung von Plan International aus dem Jahr 2023 zeigt eine hohe Toleranz junger Männer zwischen 18 und 35 Jahren für Gewalt gegen Frauen in der Partnerschaft (aufgeführt im 17. KJB, S. 119).

1.5 Stadt und Land

Kinder und Jugendliche haben unterschiedliche Präferenzen, wo sie lieber wohnen möchten. Es ist aber für fast alle Jugendlichen wichtig, dass der Wohnort über eine gute Infrastruktur verfügt. Das ist vor allem auf dem Land nicht immer der Fall. Junge Menschen aus ländlichen Regionen fühlen sich teilweise gegenüber denjenigen aus städtischen Regionen in ihrer Teilhabe benachteiligt. Kinder, die auf dem Land wohnen, haben häufig einen schlechteren Zugang zu Freizeitangeboten, Bildungseinrichtungen und Unterstützungsleistungen. Zum Beispiel ist auf dem Land die Auswahl an weiterführenden Schulen begrenzt. Für viele junge Menschen ist außerdem die Erreichbarkeit der Angebote besonders wichtig. In vielen ländlichen Regionen fehlen aber Busse, Bahnen und Fahrradwege.

Positiv wird beim Leben in ländlichen Regionen die Nähe der Natur und die Vertrautheit der Beziehungen wahrgenommen. Mit steigendem Alter nehmen manche Jugendliche die „Dorfgemeinschaft“ (17. KJB, S. 238) jedoch auch als Form sozialer Kontrolle wahr. Einige junge Menschen kritisieren außerdem eine fehlende

Offenheit für „Andersartigkeit“ auf dem Land. Beispielsweise berichten dort aufwachsende Menschen mit Migrationsgeschichte von Diskriminierung.

Doch auch Städte könnten besser für junge Generationen gestaltet sein. Insbesondere bei der Verkehrs- und Stadtplanung werden sie kaum berücksichtigt. Nötig wären sichere Wege und mehr öffentliche Orte für Kinder und Jugendliche, an denen sie sich entfalten, aufhalten und zurückziehen können.

1.6 Aufwachsen in Ostdeutschland

Bis zum Jahr 1990 war Deutschland geteilt. Obwohl Deutschland seit mehr als drei Jahrzehnten vereint ist, wachsen junge Menschen in Ostdeutschland heute noch immer unter häufig nachteiligeren Bedingungen als ihre Altersgenoss:innen in Westdeutschland auf. Das betrifft sowohl ihre aktuellen Lebensbedingungen als auch ihre Zukunftsperspektiven. So ist das Angebot der Kinder- und Jugendarbeit und der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung in einigen Regionen Ostdeutschlands weniger vielfältig als in Westdeutschland.



Unsplash: Markus Spiske

Auch die beruflichen Aufstiegschancen junger Menschen sind in Ostdeutschland schlechter. Diejenigen, die heute in Ostdeutschland wohnen, verdienen jährlich im Durchschnitt 13.000 Euro weniger. Die Arbeitslosenrate ist im Osten Deutschlands zwei Prozentpunkte höher als im Westen (Statistisches Bundesamt 2024, aufgeführt im 17. KJB, S. 228). Und auch Vermögen und die Chancen auf ein Erbe sind in Ostdeutschland schlechter.

Die allgemeine Lebenszufriedenheit junger Menschen in Ostdeutschland ist niedriger als im Westen Deutschlands. Etwa zwei Drittel der Jugendlichen in Ostdeutschland fühlen sich gegenüber jungen Menschen in Westdeutschland benachteiligt (Friedrich-Ebert-Stiftung 2019, aufgeführt im 17. KJB, S. 229). Außerdem blicken die jungen Menschen dort mit weniger Zuversicht auf eine Zukunft in ihrer Heimatregion. Nur 46 Prozent der ostdeutschen Schüler:innen möchten in der Region

bleiben. In Westdeutschland können sich dagegen 60 Prozent vorstellen, auch zukünftig in der Nähe ihres derzeitigen Wohnortes zu leben (McDonald's Deutschland LLM u. a. 2019, aufgeführt im 17. KJB, S. 229).

Der 17. Kinder- und Jugendbericht betont aber, dass neben diesem Blick auf Nachteile eines Aufwachsens in Ostdeutschland auch die Anstrengungen und Verdienste der dort lebenden jungen Menschen berücksichtigt werden müssen. Ein Beispiel hierfür ist das Engagement junger Menschen in Ostdeutschland für ein demokratisches Miteinander. So „plädiert die Kommission für eine Debatte, in der mehr Wertschätzung für die Anstrengungen und Erfolge aufgebracht wird, Ostdeutschland weiterzuentwickeln, und in der Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mehr zu Wort kommen. Das Aufwachsen in Ostdeutschland muss stärker aus der Perspektive junger Menschen beschrieben werden“ (17. KJB, S. 230).

Das sagt die Bundesregierung dazu:

„Lebenslagen, Zukunftsperspektiven und Einstellungen junger Menschen in Ostdeutschland werden laut Bericht durch einen spezifischen (Transformations-)Erfahrungshintergrund und die aktuelle sozioökonomische Situation beeinflusst – auch wenn die Kommission richtig feststellt, dass „die Zuschreibung „Ost“ nicht das allein prägende Merkmal des Aufwachsens junger Menschen in Ostdeutschland ist, sondern dass sich weitere Faktoren (Stadt/Land, Migrationsgeschichte, Armut, individuelle Sozialisationserfahrungen etc.) ebenso auf junge Menschen auswirken“ (Kap. 2.2.9). Zutreffend ist auch, dass die „überwiegend defizitorientierte Wahrnehmung des Aufwachsens von jungen Menschen in Ostdeutschland (...) gesellschaftliche Disparitäten und Verwerfungen (belegen), die auf junge Menschen einwirken, jedoch nur wenig über die jungen Menschen selbst aussagen“ (Kap. 2.2.9.2).

Die Bundesregierung unterstützt die Forderung, das Aufwachsen in Ostdeutschland stärker aus der Perspektive junger Menschen zu beschreiben und die Diskurse über und in Ostdeutschland von negativen Zuschreibungen zu befreien. Vor diesem Hintergrund begrüßt die Bundesregierung das zunehmende Interesse einer selbstbewussten jungen Generation in Ostdeutschland an diesem Teil ihrer Identität und würdigt ausdrücklich das Engagement von vielen (jungen) Menschen für ein demokratisches Miteinander in ihrer Heimat.“ (17. KJB, S. 9)



Alamy: imageBROKER.com GmbH & Co. KG

1.7 Fazit und Rolle der Kinder- und Jugendhilfe

Die Lebensbedingungen junger Menschen sind geprägt von sozialen Ungleichheiten und ungleichen Chancen. Es ist Aufgabe von Politik und Gesellschaft, allen jungen Menschen gleiche Chancen, Orientierung und Sicher-

heit zu bieten. Dazu gehören zum einen Maßnahmen, die sich direkt gegen soziale Ungleichheit richten, wie beispielsweise eine bedarfsgerechte Kindergrundsicherung. Zum anderen ist es wichtig, die Folgen von Ungleichheit abzumildern, damit alle jungen Menschen unabhängig von ihren Startbedingungen gleiche Teilhabechancen erhalten. Hierfür ist eine starke Kinder- und Jugendhilfe besonders wichtig.



iStock: Halfpoint

Die Kommission schreibt dazu:

„Die Kinder- und Jugendhilfe ist Begleiterin, Unterstützerin, Förderin des Aufwachsens der nachwachsenden Generationen. Sie schützt junge Menschen und ist mitverantwortlich für deren gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabechancen. Ziel und Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe ist es, ihre Adressat:innen zur Entwicklung selbstbestimmter Lebensentwürfe zu befähigen und zu gemeinwohlorientierten Lebenspraxen beizutragen. Zusätzlich geht es um die strukturelle Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe als Ausdruck gleichberechtigter Lebenschancen und den Abbau sozialer Ungleichheiten.“
(Böllert, Kompendium Kinder- und Jugendhilfe 2018, zitiert im 17. KJB, S. 291)

Die Kommission des 17. Kinder- und Jugendberichts hat verschiedene Empfehlungen für chancengerechtes Aufwachsen herausgearbeitet. Dazu gehören u. a.:

- Die Kinder- und Jugendhilfe muss einen Rahmen schaffen, in dem junge Menschen selbstständig und verantwortungsvoll in unserer Gesellschaft handeln können.
- Die Kinder- und Jugendhilfe muss einen Beitrag zum Abbau sozialer Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen leisten. Dazu gehört auch, die Kinder- und Jugendhilfe durchgehend bedarfsgerecht zu gestalten, damit auch benachteiligte Kinder und Jugendliche im gleichen Maß von ihr profitieren können.
- Der Zugang zu den Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe muss barrierearm gestaltet werden.
- Um Kinder und Jugendliche mit Behinderung einzubeziehen, muss das Thema Aufwachsen mit Behinderung(en) mehr Aufmerksamkeit erfahren. Die Betroffenen müssen zu Wort kommen und ihre Bedürfnisse teilen können.
- Städtische Regionen brauchen eine kinder- und jugendgerechte Verkehrspolitik und Stadtplanung, ländliche Regionen bessere Infrastruktur.
- Um allen jungen Menschen eine Chance auf freie Entfaltung zu bieten, muss das friedliche Zusammenleben in der vielfältigen Gesellschaft gefördert werden. Hierzu gehört auch eine konsequente anti-rassistische Antidiskriminierungspolitik.
- Um allen jungen Menschen Beteiligung zu ermöglichen, müssen Partizipationsangebote und politische Bildung für alle Kinder und Jugendlichen zugänglich sein.

Beteiligung und Engagement



Junge Menschen beteiligen sich auf unterschiedliche Art und Weise an Gesellschaft und Politik. Sie engagieren sich im Sportverein, in der Jugendfeuerwehr oder in Jugendparlamenten.

Um die Rahmenbedingungen und die gelebte Praxis der Partizipation junger Menschen genauer zu betrachten, widmet sich dieses Kapitel zunächst ausführlich den Facetten politischer Beteiligungsmöglichkeiten und es werden die Verbesserungsvorschläge des 17. Kinder- und Jugendberichts zusammengefasst. Anschließend geht das Kapitel ergänzend auf ehrenamtliches Engagement ein.

2.1 Politische Beteiligung junger Menschen

Die Kommission des 17. Kinder- und Jugendberichts versteht Partizipation oder Beteiligung als „die aktive Einbindung junger Menschen in alle sie betreffenden Entscheidungen“. Sie betont, dass jungen Menschen „echte Gestaltungsmöglichkeiten und Entscheidungsmacht eingeräumt werden sollten“ (17. KJB, S. 173).

Ohne Beteiligung wäre Demokratie nicht möglich. Demokratie ist nicht bloß Staatsform, sondern auch Lebensform, die von Kindesbeinen an gelernt und erlebt werden kann. Wer sich von Beteiligungsstrukturen ausgeschlossen fühlt, kann eine Ablehnung gegen die Demokratie entwickeln. Umso wichtiger ist es, echte Beteiligung zu ermöglichen und junge Menschen früh an eine demokratische Lebensweise heranzuführen. Demokratie kann in vielen Bereichen, beispielsweise in der Schule und im Sportverein, gelebt werden.

Voraussetzungen für Beteiligung

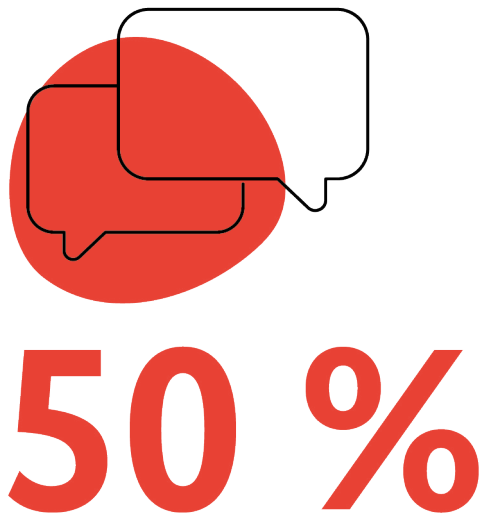
Der 17. Kinder- und Jugendbericht hält fest, dass die Partizipationsmöglichkeiten für junge Menschen in der Politik, in der Kinder- und Jugendhilfe und in vielen weiteren Bereichen der Gesellschaft zunehmen –

genauso wie das Bewusstsein für die Notwendigkeit, junge Menschen in alle sie betreffenden Entscheidungen mit einzubeziehen. Dennoch ist der Zugang zu Beteiligungsangeboten eine – oftmals noch mangelhaft erfüllte – Voraussetzung.

Die Kommission des 17. Kinder- und Jugendberichts definiert Voraussetzungen für gute Beteiligung in vier Bereichen - Mitwirkung, Interessenvertretung, Bildung und Engagement:

1. **Mitwirkung:** Junge Menschen sollten durch eigenständige Mitwirkung und in der Umsetzung ihrer Rechte verbindlichen Einfluss haben. Dieser Einfluss sollte nach Möglichkeit strukturell und nachhaltig verankert sein.
2. **Interessenvertretung:** Es sollten Möglichkeiten, Zugänge und (unterstützende) Strukturen geboten werden, damit junge Menschen ihre Interessen und Bedürfnisse einbringen und gegenüber Erwachsenen durchsetzen können.
3. **(Politische) Bildung:** Entwicklungsgerechte Informationen, Aufklärung und verlässliche Bildungsangebote müssen gewährleistet sein.
4. **(Ehrenamtliches) Engagement:** Neben dem Willen junger Menschen, sich einzubringen, sind Unterstützungsstrukturen und eine Anerkennung des Engagements essentiell.

Abbildung 04: Viele junge Menschen fühlen sich nicht ernst genommen



der jungen Menschen haben das Gefühl, dass es **nicht so viel bringt**, wenn sie sich **politisch einbringen**.

Quelle: National Coalition 2019b, aufgeführt im 17. KJB, S. 184

Fundierte politische Bildung ist sowohl Voraussetzung für echte Beteiligung als auch Folge gelungener Beteiligung. Wer Politik versteht, kann sich besser an ihr beteiligen. Und wer sich beteiligt, kann dadurch politische Bildung erlangen.

Mehr zur Bedeutung von Beteiligung und politischer Bildung für die Demokratie findet sich im Kapitel 3 zu Demokratiefeindlichkeit.

Beteiligungsformate

Die gestiegenen Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen zeigen sich in vielfältigen Formaten: Zum Beispiel sind junge Menschen im Bundesjugendkuratorium vertreten und erhalten auch in der Jugendredaktion „jung genug“ eine Stimme. Über das Projekt „Jugendpolitikberatung“ konnten sich junge Menschen in verschiedenen

Verfahren an der Arbeit einzelner Bundesministerien beteiligen. Weitere wichtige Formate für Kinder- und Jugendbeteiligung sind die vom BMFSFJ geförderten „JugendPolitikTage“ und die „BundesJugendKonferenz“.

Auch „die Kinder- und Jugendberichte der Bundesregierung stellen ein Instrument der Politikberatung dar, welches junge Menschen unmittelbar betrifft. Folglich müssen junge Menschen unter der Berücksichtigung von Artikel 12 Abs. 1 der UN-Kinderrechtskonvention [Anm. d. Red.: regelt das Beteiligungsrecht von Kindern und Jugendlichen] an der Berichtserstellung beteiligt werden“ (17. KJB, S. 182). Bei der Erstellung des 17. Kinder- und Jugendberichts hat die Berichtskommission rund 5.400 junge Menschen zwischen fünf und 27 Jahren zu verschiedenen Fragestellungen beteiligt.

In Deutschland sind die Beteiligungsrechte vielerorts detailliert geregelt, insgesamt existieren gute rechtliche Rahmenbedingungen für die politische Beteiligung junger Menschen. Partizipation gehört auch zu den „zentralen Prinzipien der Kinder- und Jugendhilfe“ (17. KJB, S. 361).

Die Kommission des 17. Kinder- und Jugendberichts versteht Partizipation oder Beteiligung als „die aktive Einbindung junger Menschen in alle sie betreffenden Entscheidungen“. Sie betont, dass jungen Menschen „echte Gestaltungsmöglichkeiten und Entscheidungsmacht eingeräumt werden sollten“ (17. KJB, S. 173).

Zugänglichkeit von Beteiligungsmöglichkeiten

Es besteht weitgehend Konsens darüber, dass junge Menschen bei politischen Entscheidungen mit einbezogen werden sollten. Der rechtliche Rahmen ist gesetzt, und es existieren vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten. Doch wie zugänglich sind diese für Kinder und Jugendliche tatsächlich?

Hürden wie unübersichtliche und verschlossene Strukturen und Verfahrenswege oder unverständliche Sprache erschweren Beteiligung. Daher sollten Schnittstellen zur Politik und Verwaltung entstehen und komplexe Sachverhalte so kommuniziert werden, dass auch ein junger Mensch mit wenig politischer Vorerfahrung sie verstehen kann. Hierfür können beispielsweise spezielle Jugendbeauftragte eingesetzt werden.



iStock: Nutthaseth Vanchaichana

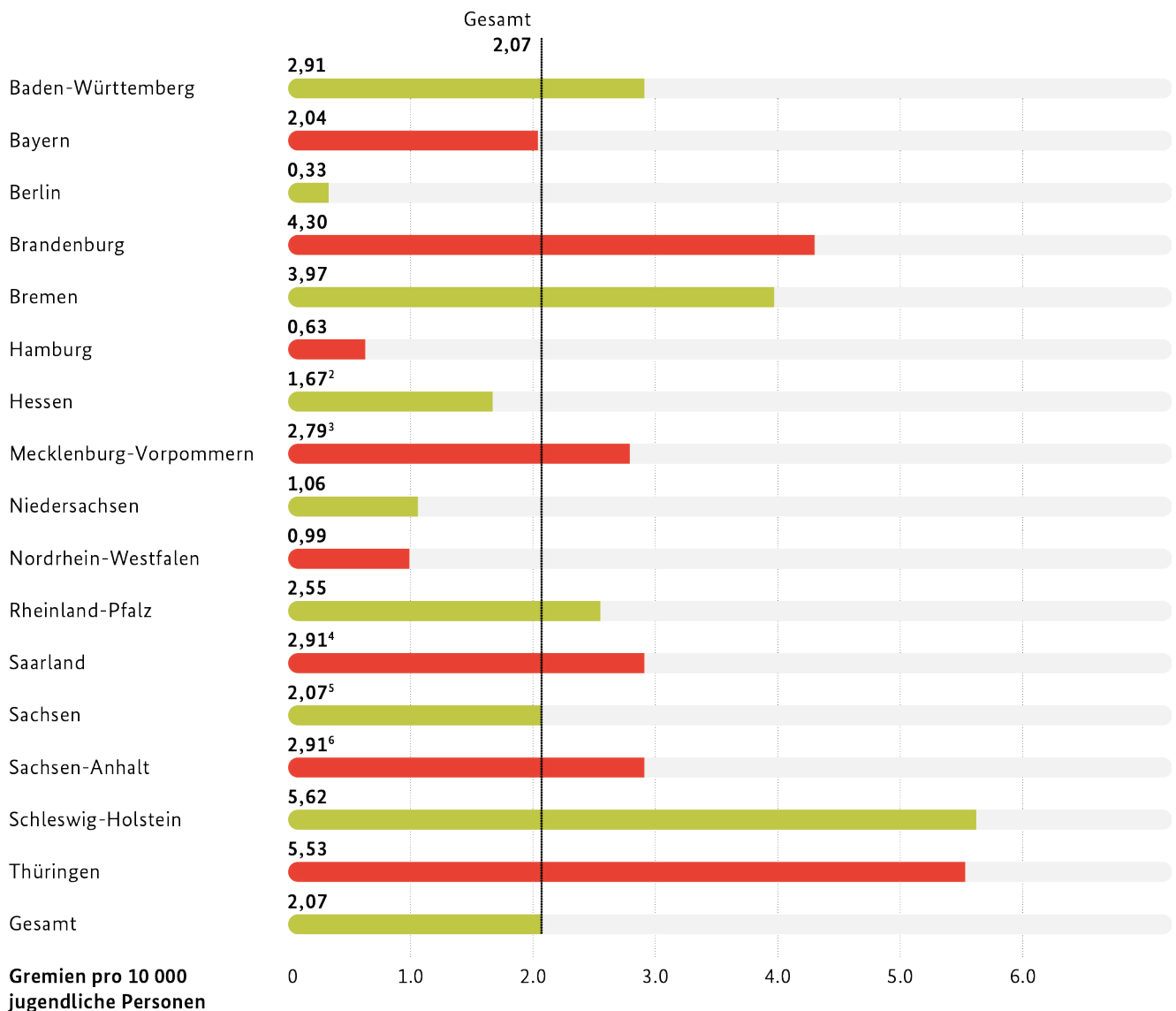
Aus Rückmeldungen von Teilnehmer:innen des im Rahmen der Berichtsarbeit durchgeführten Hearings mit engagierten jungen Menschen (17. KJB, 2.2.1.10) fasst die Kommission folgende Erkenntnisse zusammen:

Obwohl Beteiligung sowohl vielen möglich ist als auch gesellschaftlich akzeptiert wird, kritisieren junge Menschen einige Beteiligungsformate. Viele politische Beteiligungsformate sind hochschwellig und formalisiert, was das Engagement erschwert. Das Überwinden dieser Hürden ist für junge Menschen unterschiedlich schwer. Beeinflusst wird dies von sozialen Unterschieden oder auch dem Bildungsniveau und der familiären Herkunft. Wer weder auf Kontakte noch auf das Wissen der Eltern als „Starthilfe“ zurückgreifen kann, hat es schwerer in Sachen Beteiligung. Hinzu kommt, dass junge Menschen oft nicht genug über Beteiligungsformate informiert werden und es aufwändig für sie ist, das passende Angebot zu finden.

Wer sich trotz der genannten Barrieren beteiligt und politisch aktiv ist, erlebt oftmals Ignoranz. Jugendliche kritisieren, dass sie von politischen Entscheidungsträger:innen nicht durchgehend ernst genommen werden.

Im digitalen Raum gibt es Möglichkeiten, sich niedrigschwellig sowie orts- und teils zeitunabhängig zu beteiligen. Digitale Wege der Beteiligung, die sich in der Pandemie bewährt haben, bieten weiterhin einen Mehrwert für die Interessenabfrage und Meinungsvertretung. Dies belegt auch eine Studie: Jeder zweite dort befragte Jugendliche hat schon einmal eine Online-Petition unterschrieben, 37,5 Prozent haben im Netz zu einer Aktion aufgerufen (Wagner u. a. 2011, aufgeführt im 17. KJB, S. 189).

Abbildung 05: Anzahl struktureller Interessenvertretungen junger Menschen in den Bundesländern¹



Quelle: Expertise von Oliver Bokelmann, Anhangsband „Beteiligung“ zum 17. KJB

- 1 Stand März 2023
- 2 Das Hessische Ministerium für Soziales und Integration kann keine verbindliche Auskunft geben und verweist auf 49 „Kinder- und Jugendparlamente oder ähnliches“ der kinder- und jugendpolitischen Landkarte des Deutschen Kinderhilfswerkes.
<https://www.kinderrechte.de/unsere-angebote/kinderpolitischelandkarte/>.
- 3 Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport Mecklenburg-Vorpommern hat die Anfrage für die Expertise nicht beantwortet, sondern allgemein auf den Bericht der Landesregierung zum aktuellen Stand der politischen und gesellschaftlichen Beteiligung junger Menschen vom 09.03.2023 verwiesen. In diesem Bericht ist angegeben, dass dem Ministerium keine Angaben zur Anzahl vorliegen (S. 9). Es wurden hier die Daten der Landkarte des Deutschen Kinderhilfswerkes (s. o.) genutzt.
- 4 Dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Gesundheit Saarland liegt kein aktueller Überblick vor. Es wurden hier die Daten der Landkarte des Deutschen Kinderhilfswerkes (s. o.) genutzt.
- 5 Dem Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt liegen keine Informationen vor. Es wird auf Angaben der Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung in Sachsen verwiesen.
- 6 Zum Zeitpunkt der Antwort lagen dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung Sachsen-Anhalt noch nicht alle Rückmeldungen aus den Kommunen vor.



iStock: Seventyfour

Lage auf kommunaler Ebene

Auf kommunaler Ebene ist politische Beteiligung junger Menschen besonders wichtig. Hier lassen sich am einfachsten niedrigschwellige Beteiligungsformate schaffen. Darüber hinaus können junge Menschen in diesem Rahmen die Auswirkungen ihres Engagements direkt erleben.

Kinder- und Jugendparlamente bieten jungen Menschen Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene. Die jungen Menschen, die in das genannte Hearing eingebunden waren, sehen in Kinder- und Jugendparlamenten ein Beispiel für gelungene Beteiligung.

Beteiligung von Kindern

Die Beteiligung von Kindern stellt eine besondere Herausforderung dar. Kinder können viele der dargestellten Beteiligungsformate aufgrund ihres jungen Alters und der teils hohen Ansprüche der Formate nur bedingt wahrnehmen. Umso wichtiger ist es, dass schon junge Kinder in ihrem Alltag zum Beispiel in der frühkindlichen Bildung Demokratie erleben und einüben können. So ist es unabdingbar, dass Kinder in der Kindertagesbetreuung demokratische Werte und Lebensweisen erlernen und erleben können, dass Fachkräfte sie als gleichwertige Akteur:innen im Kita-Alltag anerkennen und ihnen Selbstbestimmung ermöglichen.

Beteiligung in stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe

Auch die Kinder- und Jugendhilfe legt großen Wert auf die Beteiligung junger Menschen. Laut SGB VIII sollten alle Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe mit Selbstvertretungen von jungen Menschen zusammenarbeiten.

Eine gängige Form der Selbstvertretung in stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe ist ein gewähltes Gremium, das aus Vertreter:innen der jungen Menschen innerhalb der Einrichtung besteht.

Es wird mitunter als „Heimrat“ bezeichnet. Selbstvertretungen junger Menschen in Heimen und betreuten Wohnformen haben zugenommen, werden gefördert und stärker einbezogen. Viele haben sich überregional organisiert, beispielsweise in Care Leaver-Gruppen oder im Bundesnetzwerk der Interessenvertretungen in der Kinder- und Jugendhilfe (BUNDI).

Empfehlungen und Verbesserungsvorschläge

Trotz vieler Verbesserungen in den letzten Jahren sehen sowohl die Kommission als auch die am 17. Kinder- und Jugendbericht beteiligten jungen Menschen weiteres Verbesserungspotential hinsichtlich der politischen Beteiligungsmöglichkeiten.

Dazu gehören:

1. die Verankerung von Kinderrechten und damit von Beteiligungsrechten im Grundgesetz,
2. der Ausbau von Beschwerde- und Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen in Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen,
3. die Förderung inklusiver und diversitätssensibler Zugänge zu Beteiligung,
4. die systematische Verankerung der Interessen von Kindern und Jugendlichen in der Kinder- und Jugend- sowie Sozialberichterstattung,
5. die Vermeidung von „Alibibeteiligung“,
6. der Schutz junger Menschen, die sich durch ihre Beteiligung und ihr Engagement Anfeindungen ausgesetzt sehen. (17. KJB, 5.3)



Fakt! Nach Paragraph § 45 Abs. 2 SGB VIII müssen Einrichtungen der stationären Hilfe zur Erziehung Beteiligung durch „geeignete Verfahren der Selbstvertretung und Beteiligung sowie der Möglichkeit der Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten innerhalb und außerhalb der Einrichtung“ gewährleisten (§ 45 Abs. 2 Nr. 4 SGB VIII) (17. KJB, S. 363)

Darüber hinaus empfiehlt die Kommission eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre auf allen Ebenen.

Der Ausbau von Beteiligungsstrukturen allein ist jedoch noch keine hinreichende Bedingung für gelingende Beteiligung. Wesentlich notwendig ist das Vertrauen in Kinder und Jugendliche und „die Bereitschaft von Erwachsenen und Institutionen, Macht an junge Menschen abzugeben“ (17. KJB, S. 496).

Junge Menschen müssen mehr in die Gestaltung von Beteiligungsformaten einbezogen werden. Sie sind die Expert:innen für ihre Lebensumstände. Außerdem ist es wichtig, Beteiligung stärker mit politischer Bildung zu verknüpfen, damit junge Menschen sich gut informiert beteiligen können.

Alle genannten Schritte sollten verknüpft werden. Feedback und Monitoring können dabei helfen, Formate und Strukturen stetig zu verbessern und Erkenntnisse anderen Beteiligten zur Verfügung zu stellen.

Das sagt die Bundesregierung dazu:

„Sie [die Kinder- und Jugendpolitik der Bundesregierung] will Generationengerechtigkeit und -solidarität fördern und die vielfältige junge Generation in ihrem Zukunftsvertrauen und ihren Teilhaberechten stärken. Sie hat außerdem den Anspruch, zu Bildungs- und Chancengerechtigkeit beizutragen. Darüber hinaus will die Bundesregierung verstärkt strukturelle und institutionelle Möglichkeiten für Beteiligung und erlebte Selbstwirksamkeit bieten.“ (17. KJB, S. 4.)

„[D]as Engagement und die wirksame Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu fördern, gehört zu den jugendpolitischen Prioritäten der Bundesregierung (s. Abschnitt 3.3). Sie stimmt der Kommission darin zu, dass die Beteiligung junger Menschen in den vergangenen Jahren auf den politischen Ebenen, aber auch in der Kinder- und Jugendhilfe und weiteren Handlungsfeldern einen Aufschwung erfahren hat. Gleichwohl weist die Kommission darauf hin, dass insbesondere die Rahmenbedingungen für eine gute Beteiligung und Beteiligungsrechte weiter gestärkt werden müssen.“ (17. KJB, S. 7)

„Angesichts der Lage der jungen Generation unter den aktuellen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen setzt die Bundesregierung kinder- und jugendpolitische Schwerpunkte darauf, Strukturen für die junge Generation zu stärken und zukunftsfest weiterzuentwickeln sowie wirksame Kinder- und Jugendbeteiligung, junges Engagement und politische Kinder- und Jugendbildung zu fördern.“ (17. KJB, S. 12)

„Grundsätzlich müssen Partizipationsmöglichkeiten der Vielfalt der Bevölkerung gerecht werden. Es ist deshalb besonders wichtig, dass auch tendenziell unterrepräsentierte Gruppen beteiligt und zur Beteiligung befähigt werden und sich mit ihren Vorstellungen einbringen. Die Bundesregierung verweist auf einen längeren Prozess der Öffnung der Jugendverbände und der Träger der politischen Bildung für neue Organisationen. Zuletzt wurden 2023 zwei Modellprojekte gestartet, um muslimische Jugendorganisationen und Träger politischer Bildung an die Regelförderung heranzuführen.“ (17. KJB, S. 20.)

2.2 Engagement

Es ist vielen jungen Menschen wichtig, sich direkt in ihrer Lebenswelt zu engagieren. Fast die Hälfte der Befragten im Alter zwischen 14 und 28 Jahren engagiert sich und nimmt so Einfluss auf die Entwicklung der Gesellschaft. Doch was sind die Gründe für ihr Engagement? 92,7 Prozent der Jugendlichen nennen Spaß als wichtigsten Grund dafür (BMFSFJ 2017a, aufgeführt im 17. KJB, S. 189). Dabei entstehen Vorteile für beide Seiten: Junge Menschen können neue Fähigkeiten erlernen und Erfahrungen sammeln. Außerdem ist ihr Engagement wertvoll für die Gesellschaft.

Formen ehrenamtlichen Engagements

Überall dort, wo gesellschaftliches Engagement geleistet wird, werden Menschen zum Wohle anderer oder der Gemeinschaft aktiv.

Mitglieder können über Vereine, Initiativen und Bündnisse das gesellschaftliche Zusammenleben innerhalb des rechtlichen Rahmens mitgestalten. Diese Art von Engagement hat fünf Kernmerkmale: Freiwilligkeit, Unentgeltlichkeit, Gemeinwohlorientierung, Öffentlichkeitsbezug und kooperatives beziehungsweise gemeinschaftliches Handeln.

Auch die Kinder- und Jugendhilfe wird maßgeblich von ehrenamtlichem Engagement geprägt.

Im SGB VIII steht, dass in der Jugendhilfe ehrenamtlich tätige Personen angeleitet, beraten und unterstützt werden sollen (§ 73 SGB VIII). Die Förderung von anerkannten Trägern der Jugendhilfe soll zudem nach § 73 Abs. 6 SGB VIII auch Mittel für die Fortbildung von Mitarbeiter:innen und Ehrenamtlichen sowie für die Errichtung und Unterhaltung von Jugendfreizeit- und Jugendbildungsstätten einschließen.



Alamy: Serhii Suravikin



Unsplash: Getty Images

Orte ehrenamtlichen Engagements

Mit 27,5 Prozent der jungen Menschen sowie der Gesamtbevölkerung liegen die Bereiche Sport und Soziales bei befragten Engagierten vorn (BMFSFJ 2017a, aufgeführt im 17. KJB, S. 189). Familie und Freunde haben einen Einfluss auf die Motivation zum Engagement junger Menschen. Wer einen sportlichen Freundeskreis hat, engagiert sich eher selbst in einem Sportverein.

Unterschiede aufgrund einschränkender Faktoren

Ehrenamtliches Engagement junger Menschen ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Gesellschaft. Jedoch erschweren zahlreiche Barrieren die volle Einbindung junger Menschen.

(Nicht) vorhandene soziale Netzwerke sowie der Bildungsstand beeinflussen, wer sich engagiert und wer nicht. Das führt dazu, dass sozial benachteiligte junge Menschen seltener aktiv werden als der Durchschnitt.

Auch jungen Menschen mit Behinderungen wird Engagement oft erschwert, denn nicht überall werden barrierefreie Zugänge mitgedacht. Hier müssen inklusive Möglichkeiten und Strukturen für Engagement geschaffen werden.

Menschen mit Migrationshintergrund sind ebenfalls deutlich weniger engagiert als Menschen ohne Migrationshintergrund. Das gilt insbesondere für Menschen mit eigener Migrationserfahrung.

Es ist notwendig, diese Unterschiede anzuerkennen und allen jungen Menschen Engagement zu ermöglichen. Dafür sind Strategien und Maßnahmen notwendig, welche die spezifischen Bedürfnisse und Herausforderungen benachteiligter Gruppen berücksichtigen. Näheres dazu findet sich im Kapitel 1 „Ungleiche Chancen“ dieser Broschüre.

Das sagt die Bundesregierung dazu:

„Die gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen ist eng verknüpft mit der Befähigung, die globalisierte, internationalisierte und europäisierte Wirklichkeit mit dem persönlichen, aber auch mit dem erweiterten politischen und gesellschaftlichen Umfeld in Einklang zu bringen. Die Bundesregierung fördert daher zahlreiche Jugendbegegnungen und Fachkräfteprogramme freier und öffentlicher Träger sowie Freiwilligendienste für junge Menschen, sodass etliche Akteurinnen und Akteure mit immensem Einsatz und großer Ausdauer einen kontinuierlichen Jugendaustausch sichern können. Dieses Engagement, insbesondere der vielen Ehrenamtlichen in diesem Feld, will die Bundesregierung auch zukünftig unterstützen.“ (17. KJB, S. 17)

„Die Bundesregierung pflichtet der Kommission bei, dass die Aufnahme und Ausübung von freiwilligem Engagement unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, Bildungshintergrund oder sozio-ökonomischem Status möglich sein muss. Hier hat unter anderem der Deutsche Freiwilligensurvey 2019 Defizite aufgezeigt. Der Bundesregierung ist es ein Anliegen, mögliche Zugangshürden zu freiwilligem Engagement zu erkennen und abzubauen. Der Vierte Engagementbericht an den Deutschen Bundestag mit dem Schwerpunkt „Zugangschancen zum freiwilligen Engagement“ kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.“ (17. KJB S. 21)

***Demokratie-
feindlichkeit,
gruppenbezogene
Menschen-
feindlichkeit,
Extremismus***




GRUNDGESETZ
für die Bundesrepublik Deutschland



Der 17. Kinder- und Jugendbericht befasst sich mit Gefährdungen und Anfeindungen der Demokratie. Hierzu gehören gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Extremismus.

Unter gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit versteht „man die Abwertung von konstruierten Menschengruppen, die aufgrund des (vermeintlichen) Bestehens oder der Abwesenheit bestimmter Merkmale gebildet werden“ (17. KJB, S. 107). Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind beispielsweise Rassismus, Sexismus oder auch Antisemitismus und Islamfeindlichkeit. Sie sind unvereinbar mit den Menschenrechten und demokratischen Grundwerten.

Extremismus bezeichnet „Bestrebungen, die den demokratischen Verfassungsstaat und seine fundamentalen Werte, seine Normen und Regeln ablehnen“ (Bundesministerium des Innern und für Heimat). Der Extremismusbegriff ist umstritten. Die Begriffe „Links-“ und „Rechtsextremismus“ vermitteln den Eindruck, es gebe eine davon deutlich abgrenzbare „politische Mitte“, in der solche Einstellungen nicht anzutreffen seien (17. KJB, S. 108).

Antidemokratische Einstellungen können sich insbesondere in gesellschaftlichen Krisen verstärken, das hat nicht zuletzt die Corona-Pandemie gezeigt.

„Demokratiefeindlichkeit äußert sich dadurch, dass bestehende gesellschaftliche Konflikte bewusst durch Emotionalisierung, Feindbilder, Untergangsszenarien und ‘Fake News’ verschärft werden, und damit die Gesellschaft so polarisiert wird, dass sich Bevölkerungsgruppen unversöhnlich gegenüberstehen“ (17. KJB, S. 85).

Das folgende Kapitel befasst sich zunächst mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Es folgen Abschnitte zu Extremismus und zum Jungsein in einer Demokratie unter Druck. Abschließend wird erklärt, wie politische Bildung demokratiefördernd wirken kann.



3.1 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist nicht nur eine Gefahr für einzelne Personen, sondern sie gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie. Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit widersprechen dem Gleichheitsgrundsatz Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes:

**„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“
(Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland)**

Beispiele für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind die Abwertung von queeren Menschen sowie von Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte:

Queere Menschen sind weiterhin häufig Anfeindungen ausgesetzt. Dies äußert sich u. a. darin, dass eine nicht heterosexuelle Orientierung als lächerlich dargestellt, abgewertet oder abgelehnt wird. Oft erfahren queere Jugendliche zudem Beleidigungen und Gewalt. Vor diesem Hintergrund vermeiden viele queere junge Menschen aus Sorge vor Mobbing oder Ausgrenzung ein Coming Out, insbesondere während der Schulzeit. Allerdings nicht alle. Aus dem Wunsch heraus, sich nicht mehr verstellen zu müssen, outen sich mehr als ein Drittel der queeren Menschen mittlerweile im Alter von 14 bis 16 Jahren (17. KJB, S. 219).

Die Herausforderungen von Fluchtbewegungen werden von einem Teil der bereits in Deutschland lebenden Menschen als beängstigend wahrgenommen und lösen Abwehrreflexe aus. Insbesondere Rechtsextremist:innen beschwören Bedrohungsszenarien herauf. Damit verstärken sie gezielt die Stigmatisierung von Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte als vermeintlich kriminell, als Belastung für die Sozialsysteme und als Gefahr für Deutschland. Vor allem junge geflüchtete Menschen sind mit solchen Stereotypen konfrontiert. Diese Stigmatisierung wird häufig auch durch die mediale Berichterstattung verstärkt. Nach sexuellen Übergriffen in der „Kölner Silvesternacht“ zur Jahreswende 2015/16 wurde in der öffentlichen Debatte beispielsweise suggeriert, dass Geflüchtete vor allem muslimische, dunkelhäutige junge Männer seien und diese pauschal als gefährlich einzustufen seien (17. KJB, S. 262f.).

Abbildung 06: Akzeptanz von Homosexualität

40 %

der Befragten einer Studie **wäre es unangenehm**, wenn das **eigene Kind lesbisch oder schwul wäre**.

„Je näher das Thema **Homosexualität** in der Vorstellung der Befragten an diese heranrückt, **desto unangenehmer finden sie dies.**“

11 %

sind sogar der Meinung, dass **Homosexualität gar nicht akzeptiert** werden sollte.

Quelle: Wike u. a. 2019, S. 88, Küpper u. a. 2017, S. 156, aufgeführt im 17. KJB, S. 120

Das sagt die Bundesregierung dazu:

„Die Bundesregierung teilt die Einschätzung der Kommission, dass Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit äußerst ernst zu nehmen sind. Mit dem Anliegen, junge Menschen in ihrer Resilienz gegen jede Form von Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu stärken, wurde im Bundesprogramm „Respekt Coaches“ seit 2018 bundesweit an Schulen bereits viel erreicht.“ (17. KJB, S. 22)

„Die Bundesregierung fördert [...] verschiedene Projekte aus dem Kabinettausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus im Zeitraum 2021 bis 2024, die auch das Engagement junger Menschen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit unterstützen. Außerdem gibt es Förderlinien im Bundesprogramm ‚Jugend erinnert‘ zur Aufarbeitung des NS-Terrors sowie zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die zugleich der Stärkung des Demokratiebewusstseins dienen.“ (17. KJB, S. 22)

3.2 Extremismus

Rechtsextremist:innen möchten einen ethnisch homogenen Staat unter der Herrschaft eines Einzelnen oder einer kleinen Gruppe (Diktatur) schaffen. Sie sehen nicht alle Menschen als gleichwertig an, sondern sprechen verschiedenen Gruppen, beispielsweise Jüdinnen und Juden, Muslim:innen und geflüchteten Menschen systematisch Rechte ab. Der Bericht stellt fest, „dass rechtsextreme und rechte Strömungen deutlich stärker verbreitet sind als linksextremistische“ (17. KJB, S. 108). Trotz der Forschungslage zu Rechtsextremismus sieht der Bericht auch „die Gefahr des Rechtsterrorismus immer noch unzureichend wahrgenommen“ (17. KJB S. 109).

Auch Linksextremist:innen lehnen die Verfassung und freiheitlich-demokratische Grundordnung ab und befürworten stattdessen kommunistische oder anarchistische Gesellschaftsformen. Der Bericht betont, dass „der Begriff [Linksextremismus] durch sehr viele Ambivalenzen geprägt [ist, v. a. da sich ...] Positionen wie z. B. Antirassismus und Feminismus auf Grundpfeiler der demokratischen Grundordnung“ beziehen (17. KJB, S. 108).

Eine große Herausforderung und Gefahr für die Demokratie kann auch vom Islamismus ausgehen, insbesondere wenn er mit dem Eintreten für einen totalitären „Gottesstaat“, teils auch durch Gewalt und Terrorismus, verbunden ist.

3.3 Jungsein in einer Demokratie unter Druck

Die Zustimmung junger Menschen in Deutschland zur Demokratie ist grundsätzlich hoch und stabil. Kritik äußern viele von ihnen jedoch an politischen Parteien und deren Repräsentant:innen. Ihnen attestieren sie Kurzsichtigkeit und einen Mangel an Transparenz, insbesondere in Bezug auf die Interessen der jungen und zukünftigen Generationen.

Aber auch unter jungen Menschen finden sich demokratiefeindliche Einstellungen. Laut der DJI-Jugendstudie AID:A aus dem Jahr 2021 stimmen 23 Prozent der befragten jungen Menschen im Alter von 16 bis 33 Jahren der Aussage zu, dass „eine starke Hand [...] mal wieder Ordnung in unseren Staat bringen [müsste]“ (Gille/Milbradt 2021, S. 104, zitiert im 17. KJB, S. 248).

In der Forschungsarbeit „Rechtsextremismus im sozialen Kontext: Mehrebenenanalysen zur Bedeutung von Kontexteffekten in Bezug auf rechtsextreme Einstellungen Jugendlicher“ (2021) stimmten niedersächsische Schüler:innen der neunten Klasse rechtsextremen Meinungen zwar weniger häufig zu als Erwachsene. Allerdings wurde jeder:r achte:r Schüler:in der Kategorie „ausländerfeindlich“ (17. KJB, S. 249) zugeordnet.

Faktoren, die demokratiefeindliche Einstellungen begünstigen

Verschiedene Umstände können antidemokratische Einstellungen befördern. Zum Beispiel kann fehlende Teilhabe und Mitsprache sowie der Ausschluss von Entscheidungsprozessen demokratiefeindliche Haltungen begünstigen. Es kann außerdem einen Zusammenhang zwischen Einsamkeit bei jungen Menschen und autoritären Einstellungen, Verschwörungsglauben und der Billigung politischer Gewalt geben, ebenso wie „zwischen niedrigem Schulabschluss und extremistischer Einstellung. Nicht zuletzt korrelieren rechtsextremistische Einstellungen eher mit kleinen Wohnorten, während linksextremistische Einstellungen [...] eher in Städten anzutreffen sind“ (Lehmann u. a. 2020, aufgeführt in 17. KJB, S. 249).

Extremist:innen bieten jungen Menschen Erzählungen an, die ihnen Orientierung und Identifikation in Aussicht stellen. Sie versprechen Zugehörigkeit zu einer starken Gemeinschaft, in der man weiß, wer man ist. Gleichzeitig scheinen sie Sicherheit in einer unübersichtlichen und von Krisen verunsicherten Welt zu schaffen. Besonders erfolgreich sind rechtsextremistische Akteur:innen damit in Ostdeutschland. Mit dem Fall der Mauer bzw. den Umbrüchen danach waren für viele Menschen in Ostdeutschland neben dem Gefühl von Freiheit auch Ungerechtigkeitserfahrungen verbun-

den. Diese Erfahrungen sind in vielen Familien präsent und prägen auch Kinder und Jugendliche in Ostdeutschland häufig noch heute. Zudem sind die Lebensumstände und Zukunftsperspektiven junger Menschen in Ostdeutschland in vielerlei Hinsicht schlechter als die ihrer Altersgenoss:innen in Westdeutschland. Diese ungleichen Chancen werden in Kapitel 1 beschrieben. Das Ungerechtigkeitsempfinden und die Identitätssuche vieler junger Menschen in Ostdeutschland nutzen rechtsextremistische und rechtspopulistische Akteur:innen gezielt aus. Die Partei Alternative für Deutschland (AfD), deren Landesverbände in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt die Verfassungsschutzbehörden als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ einstufen, hat in Ostdeutschland einen starken Rückhalt und gewinnt auch unter jungen Wähler:innen an Zustimmung. Viele junge Wähler:innen erhoffen sich von einer politisch stark vertretenen AfD „Anerkennung und [die] Möglichkeit, die eigene Identität und die eigenen Werte zu verteidigen“ (17. KJB, S. 231).

In ganz Deutschland und insbesondere in ländlichen Regionen stellt der Bericht zudem eine „Unterwanderung“ ehrenamtlicher Strukturen fest (17. KJB, S. 343). Hierbei sprechen Rechtsextremist:innen gezielt auch junge Menschen mit „nationaler Jugendarbeit“, „nationalen Schülergruppen“, Publikationen, kulturellen Angeboten und solchen, die sich gezielt an Kinder richten, an.

Demokratiefeindlichkeit in sozialen Medien

In ihrem Alltag in der analogen und digitalen Welt sind junge Menschen Falschinformationen, Verschwörungsmythen sowie demokratie- und menschenfeindlicher Hetze ausgesetzt.

Im Bericht wird festgehalten, dass „soziale Medien wie YouTube, Instagram, TikTok u. a. sowie Messenger wie Telegram oder WhatsApp [...] dazu genutzt [werden], antidemokratische und autoritäre Positionen insbesondere aus dem rechtsextremistischen sowie anti-feministischen, homo- und transfeindlichen Spektrum (rechte Influencer, AfD, Identitäre Bewegung usw.) zu verbreiten“ (17. KJB, S. 105). Rechtsextreme Akteur:innen behaupten auch im digitalen Raum, sie würden sich um diejenigen jungen Menschen „kümmern“, die sonst keiner höre.

So versuchen beispielsweise Rechtsextremist:innen, in sozialen Medien gezielt junge Menschen mit Hetze und Desinformation zu erreichen. Diese Inhalte sind oft nicht auf den ersten Blick als extremistisch zu erkennen, weil sie an die Alltagswelt Jugendlicher anknüpfen, und jugendkulturell gängige Symbole, Ausdrucksweisen und Formate nutzen. Das können zum Beispiel Jugendwörter oder TikTok-Trends sein.

Das sagt die Bundesregierung dazu:

„Die Bundesregierung teilt die Beobachtung der Kommission, dass sich die demokratische Gesellschaft, in der junge Menschen in Deutschland aufwachsen, aktuell unter besonderem Druck befindet. Eine stärkere gesellschaftliche Polarisierung und die aktuellen Herausforderungen der Gesellschaft bilden sich auch in den Einstellungen junger Menschen ab. Dass sich dabei auch das Potenzial für rechtsextremistische Einstellungen in der jungen Generation verstärkt, entspricht aus Sicht der Bundesregierung einer besorgniserregenden Entwicklung, die für alle Altersgruppen gilt. Die Bundesregierung stellt jedoch auch klar, dass sich sehr viele junge Menschen angesichts einer Verrohung des politischen

Diskurses sorgen und sich ihm ebenso entgegenstellen wie den zunehmenden Äußerungen und Taten, die von antidemokratischen Haltungen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zeugen.“ (17. KJB, S. 7)

„Junge Menschen haben auch ein Recht auf unbeschwerter und sichere Teilhabe an der digitalen Welt. Sie müssen vor beeinträchtigenden und gefährdenden Inhalten geschützt, gleichzeitig aber auch zu einem verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien befähigt werden. Der 17. Kinder- und Jugendbericht zeigt, dass digitale und soziale Medien als Identitäts- und Kommunikationsräume feste Bestandteile des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen sind.“ (17. KJB, S. 13)

3.4 Demokratiebildung und politische Bildung

Demokratiebildung ermöglicht es Kindern und Jugendlichen, Demokratie zu lernen und in ihrem Alltag zu erleben.

Demokratiebildung bzw. politische Bildung bietet auch die Chance, demokratiefeindliche Ansichten zu bearbeiten und diesen vorzubeugen. So kann politische Bildung beispielsweise die Kompetenzen zur Beurteilung von Informationen fördern. Hierzu gehört zum Beispiel die Fähigkeit, Desinformation von gründlich recherchierten Berichten zu unterscheiden.

Neben der Vermittlung von Wissen und kognitiven Fähigkeiten ist es dabei wichtig, auch Identitäten und Emotionen zu thematisieren, die das Aufwachsen junger Menschen und das Zusammenleben in der Gesellschaft prägen. Der Bericht hält es außerdem für „essenziell, dass die Demokratiebildung aktiv Diskriminierungsformen entgegenwirkt und einen inklusiven Ansatz verfolgt, der von allen Beteiligten unterstützt und praktiziert wird“ (17. KJB, S. 57). Für den Erfolg demokratischer Bildung ist es wichtig, dass junge Menschen erfahren, dass sie gehört, ernst genommen und vor allem ernsthaft beteiligt werden.

Der Beutelsbacher Konsens aus dem Jahr 1976 gilt bis heute als Kompass für politische Bildung. Er beinhaltet folgende Prinzipien:

1. Überwältigungsverbot: Politische Bildung soll junge Menschen nicht zu einer erwünschten Meinung drängen.
2. Kontroversitätsgebot: Was in Politik und Wissenschaft kontrovers ist, muss in politischer Bildung auch als kontrovers vermittelt werden.
3. Befähigung von Schüler:innen, politische Situationen und ihre eigenen Interessen zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die politische Lage im Sinne eigener Interessen zu beeinflussen.

Das Kontroversitätsgebot darf nicht gleichgesetzt werden mit einem falsch verstandenen Neutralitätsgebot. Politische Bildung ist nicht neutral. Sie basiert auf „den von der großen Mehrheit junger Menschen geteilten demokratischen Grundwerten [...] und Menschenrechten“ (17. KJB, S. 250). Demokratiefeindliche Bestrebungen müssen im Kontext der politischen Bildung daher auch kritisch thematisiert werden. Auch die Kinder- und Jugendhilfe hat laut Bericht die Aufgabe, sich „klar gegen Hass, Ausgrenzung, demokratiefeindliche Haltungen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und für Demokratie, Vielfalt und Diversität“ (17. KJB, S. 499) zu positionieren.

Das sagt die Bundesregierung dazu:

„Die Herausforderungen für die Demokratie und die politische Bildung sind seit dem 16. Kinder- und Jugendbericht aus dem Jahr 2020 (Thema: „Demokratische Bildung im Kindes- und Jugendalter“) weiter gestiegen. Die Bundesregierung ist weiterhin fest davon überzeugt, dass die Orientierung junger Menschen an demokratischen Werten und die Entwicklung kritischer Urteilskraft das vornehmste Ziel politischer Bildung ist und sie bekennt sich deutlich zu einer unverzichtbaren, an Demokratie und Menschenrechten orientierten politischen Bildung. Entsprechend setzt die Bundesregierung eine Priorität auf die Demokratiebildung ab dem frühen Kindesalter und auf die Aufklärung junger Menschen über ihre Rechte.“ (17. KJB, S. 22)

***Aufwachsen
in Zeiten
vielfältiger
Krisen***



Aufgrund von
Personalmangel
geschlossen

Junge Menschen wachsen heute in einer dynamischen und unsicheren Zeit auf. Diese ist geprägt von vielfältigen Krisen, etwa von Kriegen, der Pandemie und ihren Folgen, dem Klimawandel und einem zunehmenden Fachkräftemangel. Daher wurde die Kommission gebeten, einen besonderen Fokus auf das Aufwachsen in krisenhaften Zeiten zu legen. Denn oftmals bedingen oder verstärken sich Phänomene untereinander und lassen neue Herausforderungen für junge Menschen entstehen.

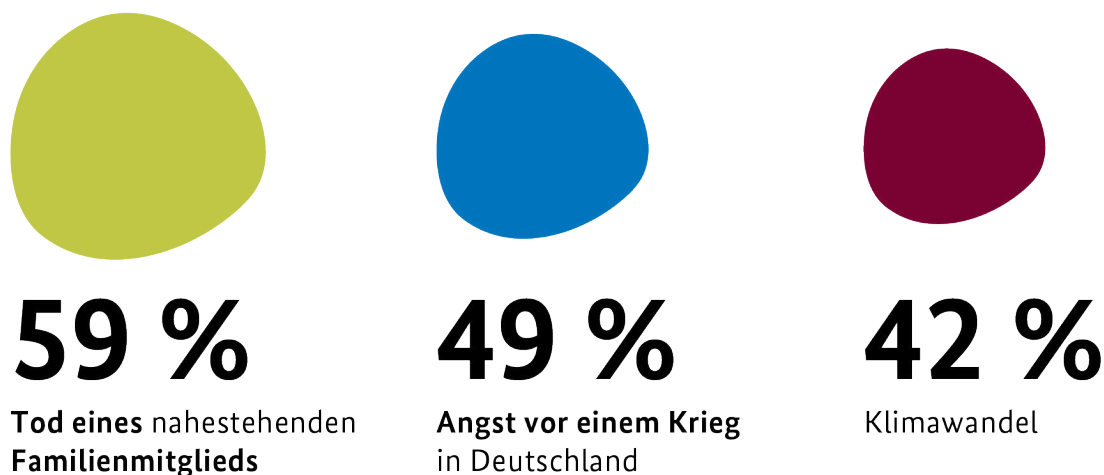
Wie und in welchem Umfang sich aktuelle Veränderungen und Krisen auf die Lebensumstände von Menschen auswirken, ist unterschiedlich. An der Armuts Grenze lebende Menschen sind z. B. stärker von der Inflation betroffen als ökonomisch sehr gut gestellte Menschen. Ist man aus einem Kriegsgebiet geflohen, so betrachtet man zum Beispiel den Krieg in der Ukraine aus einem anderen Blickwinkel als eine Person, die in Deutschland geboren und aufgewachsen ist.

In einer Studie mit 500 Kindern und Jugendlichen im Alter von 12 bis 18 Jahren äußerten 49 Prozent der Befragten eine sehr große und 33 Prozent eine gewisse Besorgnis über die Möglichkeit eines Krieges in Deutschland. In der Studie ist dies die zweitgrößte Sorge, nach der Angst vor dem Tod eines Familienmitglieds oder Partners (59 Prozent) und vor der Angst vor dem Klima-

wandel (42 Prozent) (IPSOS 2022, S. 4, aufgeführt im 17. KJB, S. 269). 40 Prozent der Umfrageteilnehmer:innen glauben, dass sie und ihre Familie im Falle eines Krieges sehr gefährdet wären (IPSOS 2022, S. 8, aufgeführt im 17. KJB, S. 269).

Dieses Kapitel beschreibt zunächst einige der von der Kommission herausgearbeiteten krisenhaften Entwicklungen. Anschließend geht das Kapitel darauf ein, welche Gruppen junger Menschen von diesen Entwicklungen besonders stark betroffen sind. Danach wird ein Blick auf die psychischen Auswirkungen von Krisen auf junge Menschen geworfen. Im letzten Abschnitt wird erläutert, welche Möglichkeiten des Umgangs damit existieren. Im Mittelpunkt stehen die Fragen: Was brauchen Kinder und Jugendliche, um Bewältigungsstrategien zu entwickeln?

Abbildung 07: Die größten Sorgen junger Leute



Quelle: IPSOS 2022, S. 4, aufgeführt im 17. KJB, S. 269



Unsplash: Serj Sakharovskiy

4.1 Corona-Pandemie

Aktuell scheint die Corona-Pandemie fast schon wieder vergessen. Die letzten Schutzmaßnahmen sind im April 2023 ausgelaufen. Heute ist die Pandemie für viele in den Hintergrund gerückt.

Während der Pandemie mussten Entscheidungen häufig unter Zeitdruck und ohne gesichertes Wissen über alle Konsequenzen der Maßnahmen getroffen werden. Viele der Schutzmaßnahmen führten zu tiefen Einschnitten im Alltag und in den Entfaltungsmöglichkeiten junger Menschen. Lehr- und Freizeiteinrichtungen wurden als nicht systemrelevant eingestuft und mussten zeitweise schließen, man durfte sich nur eingeschränkt treffen und das Leben außerhalb der Familie und der eigenen Wohnung fand kaum mehr oder nur noch digital statt. Das Streben nach Unabhängigkeit und der Wunsch, in die eigenen vier Wände zu ziehen, wurden unterbunden. Junge Menschen haben ihre Ausbildung später angefangen, abgebrochen oder den

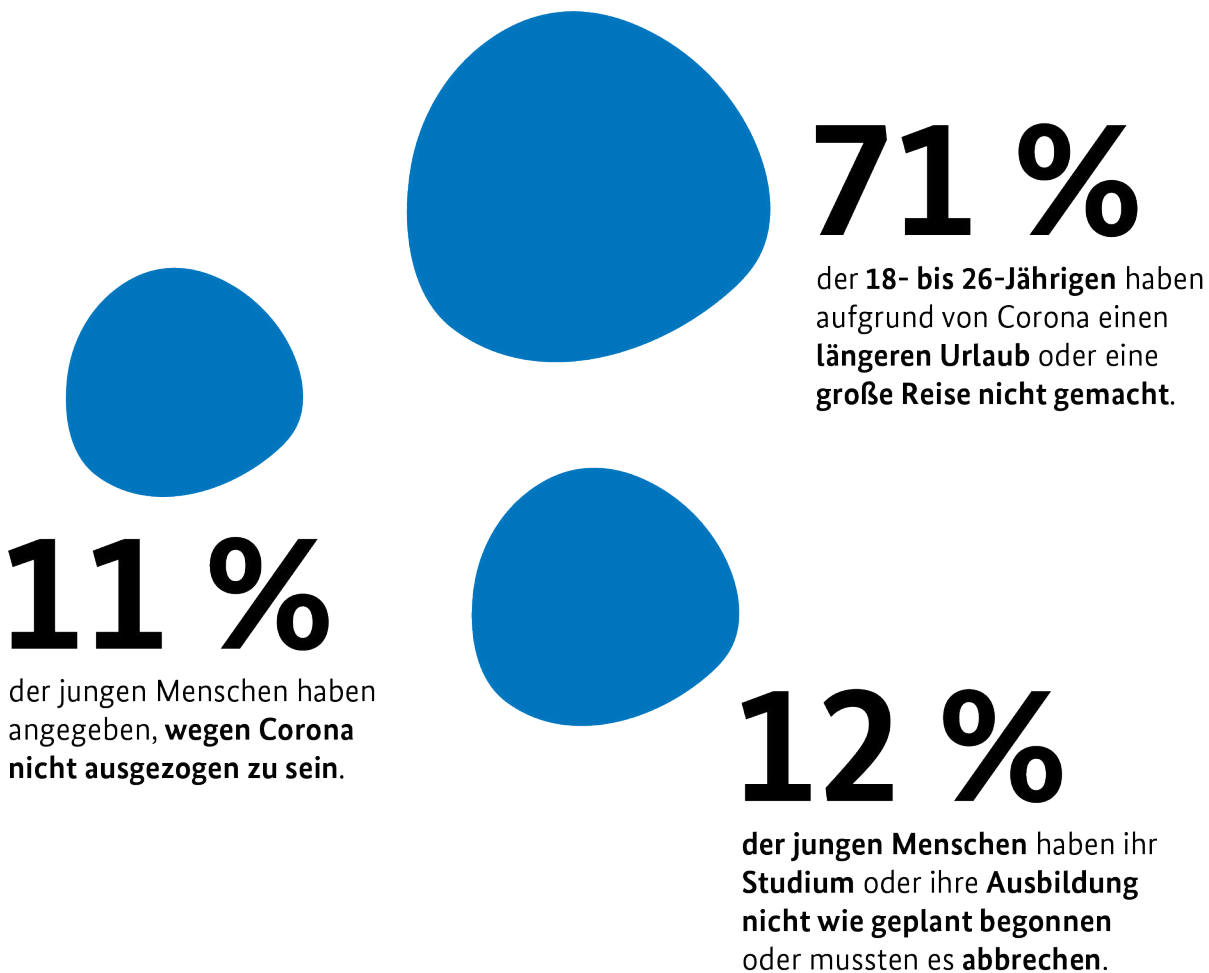
Nebenjob verloren. Lediglich der schulischen Bildung junger Menschen wurde besondere Bedeutung eingeräumt. Daher bemühte man sich um Homeschooling und übersah die Bedeutung anderer Orte.

36 Prozent der befragten 18- bis 26-Jährigen gaben an, dass ein Praktikum, ein Engagement in einem Freiwilligendienst oder ein Auslandsaufenthalt wegen Corona nicht wie geplant begonnen oder verschoben werden mussten. Etwa einer von zehn jungen Menschen (zwölf Prozent) hat das Studium oder die Ausbildung nicht wie geplant begonnen oder musste es abbrechen. Elf Prozent der jungen Menschen haben ihren Nebenjob durch Corona verloren. 71 Prozent der 18- bis 26-Jährigen haben aufgrund von Corona einen längeren Urlaub oder eine große Reise nicht gemacht. Insgesamt elf Prozent der jungen Menschen sind wegen Corona nicht ausgezogen. Mehr als 80 Prozent der jungen Menschen im Alter zwischen 18 und 26 Jahren konnten wegen Corona wichtige Feste nicht feiern (Berngruber/Herz 2023, S. 129ff., aufgeführt im 17. KJB, S. 160).

Das Leben von Kindern und Jugendlichen spielt sich normalerweise an vielen verschiedenen Orten ab: Sie besuchen eine Kita oder Schule, gehen nachmittags zum Sportverein, ins Jugendzentrum oder in die Musikschule und nehmen in den Ferien die Angebote im Hort wahr. Die Menschen, die an diesen Orten Kinder und Jugendliche begleiten, und der Kontakt mit Gleichaltrigen tragen zur persönlichen Entfaltung junger Menschen bei. Das Wegbrechen dieser Orte, Strukturen und Kontakte hatte Folgen für das Wohlbefinden, die Entwicklung und die Gesundheit vieler junger Menschen.

Die Entscheidungen über Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie wurden getroffen, ohne junge Menschen einzubinden. Die Kommission stellt fest, dass „[w]ährend der Lockdowns [...] die Bedürfnisse der jungen Menschen nach Kontakten und Freiräumen politisch kaum ernsthaft aufgegriffen“ wurden (17. KJB, S. 251). Auch die Verschiedenheit junger Menschen und die daraus entstehenden vielseitigen Bedürfnisse wurden nicht ausreichend beachtet. Der Bericht hält es für möglich, dass diese Erfahrungen zu einem „Vertrauensverlust“ (17. KJB, S. 251) junger Menschen in eine demokratische Gesellschaft und das politische System beigetragen haben könnten.

Abbildung 08: Auswirkungen der Corona-Pandemie



Quelle: Berngruber/Herz 2023, S. 129ff, aufgeführt im 17. KJB, S. 256



Unsplash: Anthony Tran

Die Pandemie rückte auch andere bereits länger anhaltende Probleme in den Fokus und verschärfte sie: Durch die Konzentration auf die schulische Bildung wurde beispielsweise die Reformbedürftigkeit von Schulen und die auch dort häufig fehlende Mitsprache junger Menschen besonders spürbar.

Junge Menschen fordern von Politik und Gesellschaft, aus den Versäumnissen während der Pandemie zu lernen und die Erkenntnisse in konsequentes Handeln umzusetzen. Inzwischen gibt es auf allen Ebenen ein Bewusstsein dafür, dass die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen während der Pandemie zu wenig berücksichtigt wurden. Auf die Schutzmaßnahmen

folgten Maßnahmen, welche die Auswirkungen der Pandemie und der Eindämmungsmaßnahmen abmildern sollten. Dazu gehörte das von Bund und Ländern aufgelegte Programm „Aufholen nach Corona“, in das die Bundesregierung zwei Milliarden Euro investierte. Kinder und Jugendliche aus strukturell benachteiligten Familien sollten davon besonders profitieren, da sie unter Lockdowns und Homeschooling besonders gelitten haben. Die Realität sieht bisher jedoch anders aus, denn viele Länder haben die Mittel nach dem Gießkannenprinzip verteilt. So bekamen privilegierte Schulen wie Gymnasien oder Privatschulen genauso viel Geld wie Schulen in sozial belasteten Lagen.

Das sagt die Bundesregierung dazu:

„Beim Ringen um Prioritäten sieht die junge Generation ihre Belange häufig nicht ausreichend beachtet – diese Einschätzung prägt auch den Rückblick vieler junger Menschen auf die COVID-19-Pandemie. Die interministerielle Arbeitsgruppe ‚Gesundheitliche Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche durch Corona‘ hat in ihrem Abschlussbericht vom 8. Februar 2023 Empfehlungen für Maßnahmen gegeben, um den gesundheitlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie bzw. der Pandemiebekämpfungsmaßnahmen zu begegnen und Kinder und Jugendliche in Bezug auf die Bewältigung aktueller Herausforderungen und künftiger Krisen zu stärken.“ (17. KJB, S. 5)

4.2 Kriegerische Auseinandersetzungen

Anders als in früheren Jahrzehnten wachsen junge Menschen in Deutschland heute ohne die Selbstverständlichkeit von Frieden auf.

Verschiedene Friedensforschungsinstitute sind sich darüber einig, dass die Welt in den letzten Jahren weniger friedlich geworden ist. Der Global Peace Index ist 2023 das neunte Mal in Folge gesunken. Das Uppsala Conflict Data Project hat im Jahr 2021 einen erheblichen Anstieg an Todesopfern durch gewaltsame Konflikte festgestellt. Mit dem Krieg in der Ukraine und anderen neu entflammten Konflikten, wie dem Krieg in Gaza, ist diese Zahl vermutlich noch weiter gestiegen (17. KJB, S. 97).

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat eine „Zeitenwende“ (17. KJB, S. 97) eingeleitet – sowohl in Deutschlands sicherheitspolitischer Ausrichtung als auch im Bewusstsein der in Deutschland Heranwachsenden. In einer Umfrage gaben 45 Prozent der befragten jungen Menschen an, dass ihr Leben vor dem Angriffskrieg unbeschwerter war (IPSOS 2022, aufgeführt im 17. KJB, S. 270). Friedliches Aufwachsen erhielt einen neuen Stellenwert. Zuvor war für die meisten Kinder und Jugendlichen in Deutschland Krieg kein alltägliches Thema.

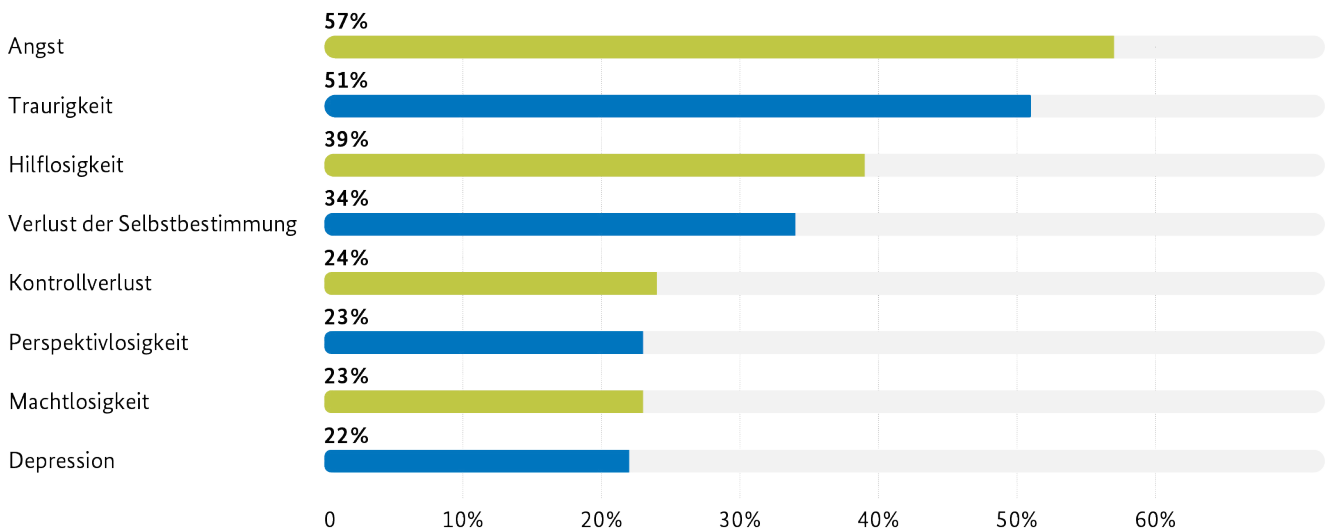
Dabei müssen zwei Dinge beachtet werden: Bereits in den letzten Jahren und Jahrzehnten gab es Kriege in Europa und in dessen Nähe. Außerdem leben in Deutschland viele junge Menschen, die vor Kriegen geflohen sind. Für sie ist Krieg kein neues Thema. Durch die geographische Nähe und die innenpolitischen Auswirkungen, wie die deutlich erhöhten Ausgaben für den Verteidigungssektor und die anhaltenden Diskurse über Waffenlieferungen, hat dieser Krieg aber einen besonders starken Einfluss auf das europäische und deutsche Sicherheitsgefühl und erhält dementsprechend große Aufmerksamkeit. Für junge Menschen ist außerdem die neue Debatte über die Wiedereinführung der Wehrpflicht oder eines sozialen Pflichtjahrs besonders relevant.

Aber auch aus anderen Gründen dringen kriegerische Auseinandersetzungen zunehmend in das Bewusstsein junger Menschen vor: Digitale und soziale Medien ermöglichen eine ausführliche Berichterstattung in Echtzeit, wodurch Kriege, selbst wenn sie „am anderen Ende der Welt“ stattfinden, im Alltag von Kindern und Jugendlichen immer präsenter werden. Durch all das, was sie in den Nachrichten hören und sehen, bekommen auch sie mit, dass nicht mehr alle Bemühungen auf Friedenserhalt ausgerichtet sind, sondern Krieg zunehmend als eine Handlungsoption angesehen wird. Ihre Fähigkeit, solche Nachrichten zu verarbeiten, hängt von Alter, Medienkompetenz und Umfeld ab.

Darüber hinaus kommen viele junge Menschen im Schulalltag sowie in der Freizeit in direkten Kontakt mit Gleichaltrigen, die den Krieg erlebt haben. Sie hören von ihren Erlebnissen und erleben zudem Auseinandersetzungen zwischen jungen Menschen, die sich mit unterschiedlichen Konfliktparteien solidarisieren.

Kinder und Jugendliche berichten von starken Emotionen im Zusammenhang mit dem Krieg: 57 Prozent nennen Angst, 51 Prozent Traurigkeit, 39 Prozent fühlen sich hilflos und 34 Prozent empfinden einen Verlust der Selbstbestimmung. 24 Prozent geben das Gefühl an, dass sie ihr Leben möglicherweise nicht mehr kontrollieren könnten. 23 Prozent glauben, dass sie keine Zukunft mehr haben und 23 Prozent fühlen sich machtlos, während 22 Prozent angeben, depressiv zu sein (IPSOS 2022, S. 9, aufgeführt im 17. KJB, S. 270).

Abbildung 09: Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine auf Kinder und Jugendliche



Quelle: IPSOS 2022, S. 9, aufgeführt im 17. KJB, S. 270

4.3 Demographischer Wandel und Fachkräftemangel

In Deutschland stehen heute immer weniger junge Menschen immer mehr Älteren gegenüber. Das Aufwachsen in einer alternden Gesellschaft hat Auswirkungen auf den Zugang junger Menschen zu Ressourcen, auf ihre Teilhabemöglichkeiten und auf den Stellenwert ihrer Bedürfnisse in der politischen und gesellschaftlichen Debatte.

Der demografische Wandel macht sich auch in der Arbeitswelt bemerkbar. Hier fehlt es bereits heute an Arbeits- und Fachkräften. In den nächsten Jahren wird sich das Problem voraussichtlich noch vergrößern, denn die geburtenstarken Jahrgänge von 1955 bis 1970 werden bald aus der Erwerbsarbeit ausscheiden. In pädagogischen Berufen und im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe fehlt es schon jetzt an ausreichend Personal, um junge Menschen umfassend zu begleiten.

Die sozialstaatlichen Strukturen Deutschlands bauen auf einem Generationenvertrag auf. Das bedeutet, die Erwerbstätigen sorgen mit ihren Einzahlungen in Rentenkassen dafür, dass der Lebensunterhalt der Nicht-Mehr-Erwerbstätigen gesichert ist. Dieser Vertrag gerät aber aus dem Gleichgewicht, wenn es nicht genug erwerbstätige Personen gibt, die in die Rentenkassen einzahlen können.

Die Kommission formuliert dazu: „Die demografische Entwicklung ist eine komplexe Angelegenheit in Bezug auf ihre Auswirkungen und Wechselwirkungen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Wie genau sich die Demografie in Deutschland entwickeln wird, hängt maßgeblich von Entscheidungen in Bereichen der Migrations-, Asyl-, Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik ab. In all diesen Politikfeldern stehen z. T. Entscheidungsnotwendigkeiten von weitreichender Bedeutung an, die für das Generationengefüge insgesamt, vor allem aber für die Lebensperspektiven der jüngeren Generationen in einer alternden Gesellschaft erhebliche Auswirkungen haben können.“ (17. KJB, S. 284)

Das sagt die Bundesregierung dazu:

„Aus Sicht der Bundesregierung zeichnet sich eine generationengerechte Gesellschaft durch Kooperation und Verständnis der Generationen füreinander aus. Es muss aber auch gelten, dass Nachteile für einzelne Generationen ausgeglichen werden und dass Lebensgrundlagen und Handlungsspielräume gesichert sowie Mitbestimmung und Verfahrensgerechtigkeit gewährleistet sind.“ (17. KJB, S. 5-6)

„Es ist anzuerkennen, dass die Kinder- und Jugendhilfe trotz der unvorhersehbaren Ausnahmesituationen der letzten Jahre funktionsfähig ist. Mit viel persönlichem Einsatz stellen die Fachkräfte die Angebote und Leistun-

gen für Kinder und Jugendliche und ihre Familien bereit und bieten bedarfsgerechte Hilfe und Unterstützung. Entsprechend stimmt die Bundesregierung der Charakterisierung der Kinder- und Jugendhilfe als ‚unverzichtbare Akteurin einer sozialen Infrastruktur des Aufwachsens junger Menschen‘ (Vorwort der Vorsitzenden) zu. Der Bundesregierung ist es ein großes Anliegen, dass die Kinder- und Jugendhilfe auch weiter wirkungsvoll und effizient arbeiten kann, denn ihr kommt eine wichtige Schutz- und Unterstützungsfunktion für Kinder, Jugendliche und ihre Familien zu. Die aktuellen Herausforderungen im Hinblick auf den Fachkräftemangel und verknappte finanzielle Ressourcen auf allen föderalen Ebenen nimmt die Bundesregierung sehr ernst.“ (17. KJB, S. 12-13)

4.4 Klimawandel

Sorgen um das Klima haben enormen Einfluss auf die Lebensrealitäten junger Menschen. Der Klimawandel, die gefährdete Artenvielfalt, Extremwetterereignisse, die nur zögerlichen Maßnahmen gegen Erderwärmung und die Zerstörung von Lebensräumen treiben viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene um. Die Auswirkungen des Klimawandels sind bereits spürbar. Die sich in vielen Teilen der Welt dramatisch verschlechternden Lebensbedingungen führen zu verstärkten Flucht- und Migrationsbewegungen. Extremwetterereignisse wie die Flutkatastrophe im Ahrtal 2021 oder Dürre-Sommer mit Auswirkungen auf die Ernten nehmen auch in Deutschland zu.

Neben psychischen Belastungen leiden junge Menschen schon heute an den physischen Auswirkungen des Klimawandels: Hitzewellen und andere extreme Wetterlagen belasten ihre Körper in besonderem Maße.

Die Kommission des 17. Kinder- und Jugendberichts schreibt: „Der Klimawandel und demzufolge Klima- und Umweltschutz sind nach wie vor eines der wichtigsten Themen junger Menschen – auch international.“ (17. KJB, S. 285) Um Klimawandel und Umweltschäden entgegenzuwirken, wären sie auch bereit, ihre eigenen Verhaltensweisen zu verändern, sich beispielsweise verantwortungsbewusster zu ernähren oder bewusst weniger Müll zu produzieren (LEMOCC-Studie, 2022, angeführt im 17. KJB, S. 288). 82 Prozent halten ein verändertes Konsumverhalten für nötig, „um eine gerechtere, umweltverträglichere und nachhaltige Zukunft zu ermöglichen“ (Kress 2021, S. 4 aufgeführt im 17. KJB, S. 288).

Verschiedene Abkommen und Beschlüsse auf nationaler und internationaler Ebene sollen den Klimawandel eindämmen. Deutschland und Europa kommt hier große Verantwortung zu. Denn viele westliche Länder haben einen hohen CO₂-Ausstoß. Durch dieses Gas wird die Erderwärmung verstärkt. Der CO₂-Ausstoß pro Kopf liegt in Deutschland bei ca. 10,8 Tonnen pro Jahr – und damit 60 Prozent über dem Weltdurchschnitt. Ein klimagerechter Pro-Kopf-Ausstoß beträgt eine Tonne pro Jahr (Umweltbundesamt 2021, aufgeführt im 17. KJB, S. 101).

Die Entscheidungen von heute wirken sich auf den Verlauf des Klimawandels sowie auf die Zukunft junger Menschen und künftiger Generationen aus. Der Bericht sieht Kindheit und Jugend von einem „radikalen Zukunftsverlust betroffen [...]“. Insofern sind Klimafragen kaum ohne generationale Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen denkbar“ (17. KJB, S. 101). Junge Menschen

sind zwar in besonderem Maße von den Folgen des Klimawandels betroffen, haben aber im Vergleich zu Älteren weniger Beteiligungsmöglichkeiten und Macht in Entscheidungsprozessen. Mit der aktuellen Klima- und Umweltpolitik sind viele junge Menschen unzufrieden. Sie verlieren zunehmend das Vertrauen in die Politik. Im Nachhaltigkeitsbarometer wird ermittelt, dass sich 71 Prozent der befragten Jugendlichen „von der Politik eher bis sehr beim Thema ‚Umgang mit der Umwelt‘ im Stich gelassen fühlen“ (17. KJB, S. 287).

Diese Stimmen junger Menschen werden in den letzten Jahren immer lauter. Sie fordern die älteren Generationen auf, ihrer Verantwortung, die sie gegenüber Kindern und Jugendlichen haben, gerecht zu werden. Die Bedürfnisse junger Menschen und zukünftiger Generationen sollten mehr Raum erhalten und in gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen stärker berücksichtigt werden.

Das sagt die Bundesregierung dazu:

„Als eine alle Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe betreffende Herausforderung identifiziert der 17. Kinder- und Jugendbericht den Klimawandel, konsequent bezogen auf Klima- und Generationengerechtigkeit und verknüpft mit starker Nachhaltigkeit. Konkret benennt der Bericht die klimagerechte Weiterentwicklung von Einrichtungen und Angeboten und die Ermöglichung des Dialogs zwischen unterschiedlichen Stakeholdern als eine Anforderung an eine zeitgemäße und vertrauenswürdige Kinder- und Jugendhilfe. Die Bundesregierung stimmt dem ausdrücklich zu und prüft eigene Möglichkeiten, hier stärker zu unterstützen. Erste Ansätze zeigen sich beispielsweise im von Bund und Ländern getragenen Investitionsprogramm Ganztagsausbau, das 2023 gestartet ist und unter anderem energetische Sanierungen als Maßnahmen fördert.“ (17. KJB, S. 18)



Unsplash: Beytullah Çitlik

4.5 Auswirkungen von Krisen auf die mentale Gesundheit junger Menschen

Die vielfältigen Krisen haben auch Folgen für das Wohlbefinden, die Entwicklung und die psychische Gesundheit junger Menschen. Gleichzeitig mangelt es bei Unterstützungsbedarf häufig an einer angemessenen psychotherapeutischen und psychiatrischen Versorgung. Im Jahr 2022 wurde für fast die Hälfte aller in der EU lebenden jungen Menschen ein ungedeckter Bedarf an psychiatrischer Versorgung gemeldet (OECD/Europäische Kommission 2022, angeführt im 17. KJB, S. 485). Psychische Gesundheit und Wohlbefinden ist eines der Jugendziele der Europäischen Union.

Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die mentale Gesundheit

Durch die Isolation während der Corona-Pandemie fühlten sich insbesondere Kinder und Jugendliche oft einsam. Rund 61 Prozent der jungen Menschen zwischen 15 und 30 Jahren gaben an, sich teilweise oder dauerhaft einsam zu fühlen und fast zwei Drittel stimmten zum Teil oder voll zu, psychisch belastet zu sein. 68 Prozent stellten fest, Zukunftsängste zu haben. (JuCo I-Studie; JuCo II-Studie, 2020, aufgeführt im 17. KJB, S. 252).

Aus der Untersuchung des Deutschen Jugendinstituts „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten AID:A“ im Jahr 2019 ging hervor, dass Kinder aus finanziell schwachen Familien während der Corona-Pandemie besonders oft unter Einsamkeit litten. Die drastischen Veränderungen im Alltag junger Menschen durch die Lockdowns sorgten zudem für Stress und für Spannungen innerhalb vieler Familien.

Stress in Familien wurde während der Pandemie auch als ein Risikofaktor für Gewalt identifiziert. Verschiedene Studien zeigten einen signifikanten Anstieg an Gewalt in Familien, besonders während der Lockdowns. Der alarmierende Anstieg von Anrufen bei Hotlines wegen häuslicher Gewalt während der Lockdowns unterstrich das Ausmaß dieses Problems (Nummer gegen Kummer 2020; BMFSFJ, aufgeführt im 17. KJB, S. 90).

Im gesellschaftlichen und politischen Diskurs während der Pandemie wurde nicht genug auf die besondere Vulnerabilität junger Menschen geachtet. Jugendliche fühlten sich zudem in der öffentlichen Debatte stigmatisiert. Sie wurden als „bildungsabgehängt“, als „Lost Generation“ oder als „Partyvolk“, das sich nicht an Regeln halte (17. KJB, S. 254), bezeichnet.

Die psychischen Folgen von Pandemie und Schutzmaßnahmen dürfen nicht als individuelle Probleme betrachtet werden. Die Abmilderung und Bewältigung dieser Folgen ist Aufgabe von Politik und Gesellschaft. Die Kommission hält für die kommenden Jahre strukturierte, stabilisierende und damit langfristig wirkende politische Maßnahmen für erforderlich. Der Ethikrat betonte beispielsweise den Bedarf, unmittelbar nach den Einschränkungen und auch darüber hinaus in den Freizeitbereich der Kinder zu investieren, um Normalität oder ein Überangebot an Aktivitäten zu schaffen.

Das sagt die Bundesregierung dazu:

„Einsamkeit hat in der jüngeren Altersgruppe während der COVID-19-Pandemie deutlich zugenommen und ist nach wie vor nicht auf dem Vorpandemieniveau. Die Strategie der Bundesregierung gegen Einsamkeit beinhaltet zahlreiche Maßnahmen, um Einsamkeit vorzubeugen und zu lindern. Junge Menschen nimmt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend beim Thema Einsamkeit verstärkt in den Blick.“ (17. KJB, S. 9)

Auswirkungen auf die mentale Gesundheit durch kriegsrische Auseinandersetzungen in Verbindung mit medialer Dauerpräsenz

Auch wenn Europa in den letzten Jahrzehnten nicht frei von kriegsrischen Auseinandersetzungen war – angefangen bei den Jugoslawien-Kriegen in den 1990er-Jahren, über den Georgienkrieg 2008 bis hin zu den Konflikten in Bergkarabach und Transnistrien –, betrachteten die meisten in Deutschland geborenen Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen Frieden lange als Selbstverständlichkeit. Dieses Sicherheitsgefühl wurde spätestens durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine erschüttert.

Die Auswirkungen kriegsrischer Auseinandersetzungen auf Kinder und Jugendliche sind beachtlich. Das liegt auch an der Präsenz von Berichten und Bildern kriegsrischer Gewalt im digitalen Raum. So dringen kriegsrische Auseinandersetzungen in den Alltag junger Menschen ein, beispielsweise über verstörende Bilder des Hamas-Massakers in Israel sowie die aufwühlenden Berichte über das Leid der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen. Verschiedene Gruppen und Länder nutzen soziale Netzwerke im Krieg oft für politische Propaganda, der auch Kinder und Jugendliche im Netz ausgesetzt sind. Wichtig sind deshalb Medienangebote, die altersgerecht über Ereignisse informieren und auch Hintergrundinformationen dazu liefern.

Das sagt die Bundesregierung dazu:

„Unbegleitete Minderjährige gehören [...] zu den vulnerabelsten Personengruppen überhaupt. [...] [Es] ist dafür Sorge zu tragen, dass spezifische Bedarfe, wie sie zum Beispiel durch Traumatisierungen entstehen, berücksichtigt werden.“ (17. KJB, S. 7)



Unsplash: Getty Images

Geflüchtete junge Menschen sind darüber hinaus in besonderer Weise von kriegsrischen Auseinandersetzungen betroffen, sowohl durch eigene Erlebnisse und Sorgen um Angehörige als auch durch die Herausforderungen des Lebens in einem bisher unbekannten Land. Unbegleitete minderjährige Geflüchtete sind besonders häufig, wenn auch bei weitem nicht mehrheitlich, von ihren Erlebnissen traumatisiert. Zudem leiden viele junge Geflüchtete und ihre Familien unter den beengenden Umständen in Gemeinschaftsunterkünften und unter unzureichendem Zugang zum Gesundheits- und Bildungssystem.

Jugendliche benötigen Orte, an denen sie über ihre Ängste und Zukunftssorgen sprechen können – sowohl mit Gleichaltrigen als auch mit zugewandten Erwachsenen. Solche Orte können sie in der Kinder- und Jugendhilfe finden, zum Beispiel in Jugendzentren, Vereinen oder Verbänden. Auch die Schule kann Raum für Austausch bieten.



Unsplash: Curated Lifestyle

4.6 Besonders vulnerable Gruppen

Bestimmte Gruppen sind von Krisen besonders stark betroffen - dies können je nach Krise unterschiedliche Gruppen sein. Beispiele hierfür sind die ungleichen Auswirkungen von Corona-Pandemie und Klimawandel auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen.

Corona-Pandemie

Während der Pandemie wurde ein vereinfachtes Bild von Kindern und Jugendlichen als homogene Gruppe gezeichnet. Dabei wurden während der Pandemie Ungleichheiten besonders stark sichtbar. So traf die Krise strukturell benachteiligte junge Menschen und ihre Familien besonders hart. Auf diese Weise „wurden für einen größeren Teil der jungen Menschen ungünstige Situationen zu Herausforderungen, Herausforderungen zu Problemen, Probleme zu persönlichen Krisen und persönliche Krisen zu Bedrohungen. Inwieweit diese Situation dazu beigetragen hat, die Resilienz bzw. Widerstandskraft [junger Menschen] zu erhöhen, ist eine offene Frage. Der Umstand, dass zum Pandemie-Ende hin die Krisensituation nicht endet und keine Erholungsphase eintritt, weil neue Krisen dies verhindern, dürfte Resilienzentwicklungen eher entgegenstehen“ (17. KJB, S. 251).

Klimawandel

Die Zahl der Hitzetage ist in den letzten Jahren gestiegen, was besonders gefährlich für kleine Kinder und Menschen in prekären Lebenslagen ist. Schlechte Wohnverhältnisse verstärken diese Problematik. Kleine Kinder können nicht effektiv schwitzen und sind somit anfälliger für Hitzestress. Junge Erwachsene leiden zudem häufiger unter Gewitterasthma, einer durch extreme Wetterbedingungen ausgelösten Erkrankung.

Auch von Extremwetterereignissen wie Überschwemmungen oder Stürmen sind Kinder und Jugendliche in besonderer Weise betroffen. Neben der existentiellen physischen Bedrohung durch solche Ereignisse leiden sie häufig in besonderem Maße auch psychisch unter dem Erlebten. Kinder und Jugendliche verfügen oft nicht über ausreichende Bewältigungsstrategien, sodass bei betroffenen jungen Menschen das Risiko für post-traumatische Belastungsstörungen steigt.

Außerdem beschreibt der Bericht einen Gender-Climate-Gap: Frauen tragen tendenziell weniger zu ökologischen Krisen bei, sind von ihren Auswirkungen gleichzeitig stärker betroffen. Zudem sind Frauen seltener in Machtpositionen, so dass sie auch weniger Einfluss darauf haben, wie Politik und Gesellschaft dem Klimawandel begegnen.

4.7 Umgang mit krisenhaften Entwicklungen

Viele junge Menschen stehen den geschilderten krisenhaften Entwicklungen nicht passiv gegenüber. Sie setzen sich für gesellschaftliche Veränderungen ein. Besonders der Klimawandel steht im Fokus ihres politischen Engagements. Sie fordern die Erwachsenenwelt dazu auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Bewegungen wie Fridays for Future und die Letzte Generation thematisieren dabei auch Generationen(un)gerechtigkeit und fordern nachhaltiges Handeln ein.

Jugendliche tragen ihren Protest von der Straße weiter ins Digitale, um sich dort ausführlicher artikulieren zu können und potentiell auch mit ihren Anliegen eine größere Öffentlichkeit finden. Soziale Medien spielen dabei eine zentrale Rolle. „Beim Blick in Social-Media-Nutzungspraktiken von Jugendlichen wird deutlich, wie sie sich beispielsweise beim Thema Klimawandel, als sozio-ökologischer Krisenthematisierung, zugleich ohnmächtig, als auch ermächtigend artikulieren und somit Möglichkeiten der Information, der Artikulation oder des Umgangs mit Krisen haben, die ihnen jenseits digitaler Formate nicht zur Verfügung stünden“, beschreibt der Bericht (17. KJB, S. 279).

Häufig sind die Klimaproteste junger Menschen Versuchen ausgesetzt, sie zu delegitimieren. Beispielsweise wird ihnen oft aufgrund ihres Alters die Kompetenz abgesprochen, über wissenschaftlich fundierte Themen zu sprechen. So richtig es ist, danach zu fragen, wie inklusiv und demokratisch Protestbewegungen sind, so problematisch ist es, sie aufgrund von Kritik an spezifischen Verfahren und Strukturen komplett zu delegitimieren.

Viele Kinder und Jugendliche sind motiviert, sich für eine bessere Zukunft einzusetzen, stehen jedoch vor zahlreichen Herausforderungen. Gerade in unsicheren und dynamischen Zeiten brauchen junge Menschen Orientierung und Sicherheit. Sie müssen sich auch in Krisenzeiten darauf verlassen können, dass ihre Stimme zählt und ihre Bedürfnisse in Entscheidungen berücksichtigt werden. Politik und Gesellschaft sind außerdem gefordert, vertrauenswürdige Rahmenbedingungen zu schaffen, die jungen Menschen auch in unsicheren Zeiten ein gutes und gesundes Aufwachsen ermöglichen.

Das sagt die Bundesregierung dazu:

„[D]ie Kinder- und Jugendpolitik der Bundesregierung [...] richtet sich an folgenden übergeordneten strategischen Zielen aus: Sie will Generationengerechtigkeit und -solidarität fördern und die vielfältige junge Generation in ihrem Zukunftsvertrauen und ihren Teilhaberechten stärken. Sie hat außerdem den Anspruch, zu Bildungs- und Chancengerechtigkeit beizutragen. Darüber hinaus will die Bundesregierung verstärkt strukturelle und institutionelle Möglichkeiten für Beteiligung und erlebte Selbstwirksamkeit bieten.“ (17. KJB, S. 4)

„Wie die Kommission zu Recht feststellt, kommt der Kinder- und Jugendhilfe gerade in Krisenzeiten sehr große Bedeutung zu und es gilt, entsprechende Prioritäten zugunsten junger Menschen und ihrer Familien zu setzen. Die Bundesregierung trägt dazu bei, das Recht junger Menschen auf diskriminierungsfreie Teilhabe und auf Zukunft zu verwirklichen – unter anderem, indem sie öffentliche und freie Träger bei der Erbringung von Leistungen und Angeboten unterstützt.“ (17. KJB, S. 12)

Stichwortregister

Absolute Armut und relative Armut

Von absoluter Armut spricht man, wenn eine Person finanziell nicht ihre sozialen und wirtschaftlichen Grundbedürfnisse decken kann. Grundbedürfnisse beinhalten unter anderem Nahrung, ärztliche Versorgung, Bildung, Ausübung von Rechten und Mitsprache, Wohnraum und Kleidung. Relative Armut beschreibt Armut im Verhältnis zum jeweiligen gesellschaftlichen Umfeld eines Menschen. Eine Person, die in relativer Armut lebt, kann meist die Grundbedürfnisse decken, sich die Standards einer als normal oder „durchschnittlich“ angesehenen Lebensführung aber nicht leisten.

Quellen: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; 17. Kinder- und Jugendbericht, S. 194

Antifeminismus

Antifeminismus bedeutet, feministische Anliegen und Positionen pauschal, aktiv und oft organisiert zu bekämpfen oder zurückzuweisen, sei es als Individuum in Internet-Diskussionen, als Mitglied einer Partei oder anderen Gruppierungen.

Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Antisemitismus

Der Begriff bezeichnet heute alle historischen Erscheinungsformen der Judenfeindschaft. Eine einheitliche, allgemeinverbindliche Definition von Antisemitismus existiert nicht. Das „European Monitoring Center against Racism and Xenophobia“ (EUMC) in Wien hat 2005 eine Arbeitsdefinition vorgeschlagen, die Antisemitismus formal sowohl als eine Wahrnehmungsweise, als auch als gegen Juden bzw. jüdische Einrichtungen gerichtete verbale oder physische Handlungen definiert, wobei sich diese auch gegen Nicht-Juden, wenn diese „jüdische Interessen“ unterstützen oder fälschlich für Juden gehalten werden, und gegen den Staat Israel als jüdisches Kollektiv richten können.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

Bundesjugendkuratorium

Als Sachverständigengremium mit bis zu 15 Expert:innen aus Politik, Verwaltung, Verbänden und Wissenschaft, von denen fünf junge Menschen unter 27 Jahre sind, berät das Bundesjugendkuratorium die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Kinder- und Jugendhilfe und in Querschnittsfragen der Kinder- und Jugendpolitik. Im Zentrum der Beratungstätigkeiten stehen gesellschaftliche Veränderungsprozesse und ihre Auswirkungen auf die Lebenswirklichkeiten von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Dabei legt das Sachverständigengremium besonderen Wert darauf, die Perspektive junger Menschen in die Beratungen einzubeziehen.

Quelle: Bundesjugendkuratorium

Care-Arbeit

Care-Arbeit oder Sorgearbeit beschreibt die Tätigkeiten des Sorgens und Sich-Kümmerns. Darunter fällt Kinderbetreuung oder Altenpflege. Auch familiäre Unterstützung, häusliche Pflege oder Hilfe unter Freunden gehört dazu.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

Coming Out

Der englische Begriff Coming-out wurde Ende der 1960er Jahre als politische Strategie der US-amerikanischen Homosexuellenbewegung eingeführt. Diese wollte durch die bewusste Sichtbarmachung der homosexuellen Orientierung ein Gemeinschaftsgefühl erzeugen. Es wird zwischen einem inneren Coming-Out als Prozess der eigenen Bewusstwerdung der gleichgeschlechtlichen bzw. bisexuellen Orientierung und einem äußeren Coming-Out, als das sich seinem Umfeld öffentlich mitteilen, unterschieden.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

Demokratie

Demokratie ist eine Staatsform, in der das Volk die Herrschaftsgewalt ausübt. Demokratien zeichnen sich unter anderem durch Achtung der Menschenrechte, Gewaltenteilung, Verantwortlichkeit der Regierung, Unabhängigkeit der Gerichte, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, ein Mehrparteiensystem sowie freie, gleiche und geheime Wahlen aus.

Quelle: Deutscher Bundestag

Demokratiebildung / politische Bildung

Die Autor:innen des 16. Kinder- und Jugendberichts verstehen Demokratiebildung als Teil politischer Bildung und halten eine klare Abgrenzung der beiden Begriffe für nicht zielführend. Sie schließen sich der Definition des Europarats an, nach der politische Bildung die Bildung, Ausbildung, Bewusstseinsbildung, Information, Praktiken und Aktivitäten beschreibt, deren Ziel es ist, Lernende durch die Vermittlung von Wissen, Kompetenzen und Verständnis sowie die Entwicklung ihrer Einstellungen und ihres Verhaltens zu befähigen, ihre demokratischen Rechte und Pflichten in der Gesellschaft wahrzunehmen und zu verteidigen, den Wert von Vielfalt zu schätzen und im demokratischen Leben eine aktive Rolle zu übernehmen, in der Absicht, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu fördern und zu bewahren.

Quellen: 16. Kinder- und Jugendbericht; Europarat

Depression

Eine Depression im medizinischen Sinne ist eine behandlungsbedürftige Erkrankung, die das Denken, Fühlen und Handeln der Betroffenen tiefgehend beeinflusst, mit Störungen von Hirn- und anderen Körperfunktionen einhergeht und Leiden verursacht. Menschen, die an einer Depression erkrankt sind, können sich selten allein von gedrückter Stimmung, Antriebslosigkeit und negativen Gedanken befreien.

Quelle: Stiftung Deutsche Depressionshilfe

Desinformation / Fake News

Fake News setzt sich aus zwei Begriffen zusammen. „Fake“ heißt „gefälscht“ und „News“ heißt „Nachrichten“. Es sind also gefälschte Nachrichten. Mit reißerischen Schlagzeilen, bearbeiteten Bildern und Behauptungen werden so falsche Informationen verbreitet. Fake News erwecken den Eindruck, dass es sich um echte Nachrichten handelt. Desinformation bezeichnet die gezielte Verbreitung von falschen oder irreführenden Informationen, um jemandem zu schaden.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

(Institutionelle) Diskriminierung

Eine Diskriminierung im rechtlichen Sinne ist jede ungerechtfertigte Ungleichbehandlung aufgrund von „Rasse“, ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung.

Diskriminierungen können bewusst oder unbewusst erfolgen. Sie knüpfen etwa an Vorurteile oder stereotype Normalitätserwartungen an. Sie können offen und direkt geschehen (unmittelbare Diskriminierung), wenn zum Beispiel jemand aufgrund seines Namens nicht zum Vorstellungsgespräch eingeladen wird oder aufgrund seiner Hautfarbe bei der Wohnungssuche abgelehnt wird.

Diskriminierungen sind aber oft auch schwerer erkennbar (mittelbare Diskriminierung), etwa wenn Regelungen scheinbar neutral formuliert sind. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn in Stellenausschreibungen allgemein eine akzentfreie Beherrschung der deutschen Sprache gefordert wird ohne, dass dies explizit für die Ausübung der Tätigkeit erforderlich ist.

Hinzu kommt, dass Diskriminierung häufig auf das Zusammenspiel verschiedener Merkmale zurückzuführen ist, wie ethnische oder soziale Herkunft, Religion oder Geschlecht (sogenannte mehrdimensionale Diskriminierung). Beispielsweise verstärken sich die Merkmale weiblich, vermeintlich nichtdeutscher Name, nichtdeutsche Herkunft, islamischer Glaube gegenseitig.

Eine besondere Form der Diskriminierung ist die „Institutionelle Diskriminierung“. Institutionelle Diskriminierungen sind eine besondere Form von Diskriminierungen. So werden jene Benachteiligungen bezeichnet, die nicht auf individuell zurechenbare Handlungen oder Überzeugungen zurückgeführt werden können. Ursache sind Strukturen und Verfahrensweisen von Institutionen, die auch dann diskriminierende Auswirkungen haben, wenn die handelnden Personen in der Institution weder stereotype Vorstellungen über Eigenschaften von Gruppen noch benachteiligende Absichten haben. In Schulen, Betrieben und Hochschulen kommt institutionelle Diskriminierung zum Beispiel dann zustande, wenn muttersprachliche Kenntnisse der deutschen Sprache als Normalfall vorausgesetzt werden und deshalb keine Vorkehrungen getroffen werden, die Personen mit anderer Erstsprache darin unterstützen, ihre sprachlichen Fertigkeiten weiterzuentwickeln.

Quellen: Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration / Die Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus; Aus Politik und Zeitgeschichte 09/2016, S. 5.

Geflüchtete

Geflüchtete sind Menschen, die ihre Heimat verlassen haben, weil sie Angst um ihr Leben hatten und ihr eigener Staat ihren Schutz nicht mehr garantieren kann oder will. Flucht ist eine erzwungene Form der Migration aufgrund von etwa Krieg, Vertreibung, Naturkatastrophen oder auch Unterdrückung. Davon zu unterscheiden sind Formen der freiwilligen Migration, etwa zu Ausbildungszwecken oder aus beruflichen Gründen.

Quellen: Bundeszentrale für politische Bildung; Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen

Generationenvertrag

Der Begriff bezeichnet das wissenschaftliche Erklärungsmodell der sozialen Rentenversicherung. Mit Generationenvertrag wird der unausgesprochene "Vertrag" zwischen der Beitragszahlenden und den derzeitigen Rentner:innen bezeichnet. Diese „Solidarität zwischen den Generationen“ beinhaltet die Verpflichtung der arbeitenden Generation, Beiträge in die Rentenkasse einzuzahlen, mit der Erwartung, dass die nachfolgende Generation die gleiche Verpflichtung übernimmt.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

Häusliche Gewalt

Häusliche Gewalt beinhaltet alle Formen körperlicher, sexueller oder psychischer Gewalt und umfasst familiäre sowie partnerschaftliche Gewalt. Häusliche Gewalt liegt vor, wenn die Gewalt zwischen Personen stattfindet, die in einer familiären oder partnerschaftlichen Beziehung zusammenwohnen. Sie liegt auch vor, wenn sie unabhängig von einem gemeinsamen Haushalt innerhalb der Familie oder in aktuellen oder ehemaligen Partnerschaften geschieht.

Quelle: Bundesministerium des Innern und für Heimat

Homogen

Einheitlich; aus Gleichartigem zusammengesetzt

Quelle: Duden

Islamfeindlichkeit / Muslimfeindlichkeit / antimuslimischer Rassismus

Diese Begriffe bezeichnen die Diskriminierung, Ausgrenzung und ressentimentgeleiteten Abwertung von Muslim:innen sowie von Menschen, die als Muslim:innen gelesen werden. Denn oftmals spielt es keine Rolle, ob eine Person tatsächlich gläubiger Muslim ist oder nicht. Die Kategorisierung als Muslim:in erfolgt aufgrund von Zuschreibungen, die auf die Familienbiografie, äußerliche Merkmale oder den Namen Bezug nehmen.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

Jugendparlament

Kinder- und Jugendparlamente sind Interessenvertretungen von Kindern und Jugendlichen. Das heißt, sie setzen sich für die Wünsche, Interessen und auch Sorgen der Kinder und Jugendlichen in ihrem Wohnort ein und verschaffen ihnen Gehör in der Politik der Erwachsenen. Denn Kinder und Jugendliche haben eigene Interessen und das Recht darauf, ihre Meinung zu äußern und an Entscheidungen beteiligt zu werden, die sie betreffen.

Quelle: Deutsches Kinderhilfswerk, kindersache.de

Kinder- und Jugendhilfe

Die Kinder- und Jugendhilfe fördert Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung und hilft jungen Erwachsenen in besonders schwierigen Situationen. Sie berät und unterstützt Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung ihrer Kinder. Eine wesentliche Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe ist es, Kinder und Jugendliche vor Gefährdungen zu schützen - sowohl präventiv durch Aufklärung über mögliche Gefährdungsquellen als auch durch entsprechende Interventionen, wenn eine Kindeswohlgefährdung bereits eingetreten ist. Oberste Handlungsmaxime ist immer das Wohl des Kindes. Zur Kinder- und Jugendhilfe gehören viele Arbeitsfelder und Aufgaben, bspw. die Kinderbetreuung in Kitas und Schulen, Jugendzentren, Jugendverbände, der internationale Jugendaustausch und die Jugendsozialarbeit oder die vielfältigen Leistungen der Jugendämter vor Ort, beispielsweise die Hilfen zur Erziehung.

Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Klimawandel

Der Begriff „Klimawandel“ bezeichnet langfristige Veränderungen der Temperaturen und Wettermuster. Diese Veränderungen können natürlichen Ursprungs sein und beispielsweise durch Schwankungen in der Sonnenaktivität entstehen. Doch seit dem 19. Jahrhundert ist der Klimawandel hauptsächlich auf menschliche Tätigkeiten zurückzuführen, allen voran die Verbrennung fossiler Brennstoffe wie Kohle, Erdöl und Erdgas.

Quelle: Vereinte Nationen

Medienkompetenz

Der Begriff bezeichnet die Fähigkeit, mit Medien vertraut zu sein, sie sinnvoll für sich nutzen zu können und sie für den zwischenmenschlichen Austausch einsetzen zu können. Hierbei gilt der pädagogische Ansatz, Medienkritik und Medienkunde zu vermitteln, damit Menschen Medien selbstbestimmt und souverän nutzen und kreativ mit ihnen umgehen können.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bezeichnet abwertende und ausgrenzende Einstellungen gegenüber Menschen aufgrund ihrer zugewiesenen Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe. Eine menschenfeindliche Haltung kann sich in ausgrenzenden oder gewalttätigen Handlungen zeigen.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

Monitoring

Der Begriff beschreibt die ständige Überwachung von Prozessen.

Quelle: Duden

Natio-ethno-kulturelle Zugehörigkeit

Der 17. Kinder- und Jugendbericht verwendet den Begriff, um zu zeigen, dass alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit unterschiedlichen Nationalitäten, ethnischen Identifikationen und kulturellen Zugehörigkeiten ausgestattet sind – in verschiedenen Kombinationen und mit einem individuellen Maß der persönlichen Identifizierung.

Quelle: 17. Kinder- und Jugendbericht

Niedrigschwellig

Etwas, das nicht an (ggf. nur schwer erfüllbare) Vorbedingungen geknüpft oder schnell und unbürokratisch zu erhalten ist.

Quelle: Duden

Rassismus

Rassismus ist eine Art von Diskriminierung. Durch Rassismus werden Menschen zum Beispiel wegen ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer Haare, ihres Namens oder ihrer Sprache diskriminiert, ausgegrenzt und abgewertet.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

Rechtsextremismus

Rechtsextremismus bezeichnet eine politische Einstellung, die sich gegen die Ordnung des demokratischen Verfassungsstaates stellt und gesellschaftliche Vielfalt sowie freie Wirtschaftssysteme fundamental ablehnt. Charakteristisch hierfür ist die Aufspaltung in Gruppen und Untergruppen, die meist auf persönlichen Gefolgschaften (Führer und Gefolge) beruhen. Rechtsextreme Ideologien führen alle aktuellen politischen, ökonomischen und sozialen Probleme auf eine einzige Ursache zurück und setzen dagegen ein autoritäres, menschenverachtendes Weltbild, dessen Fundament meist ein aggressiver, expansionistischer Staat ist.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

Rechtspopulismus

Unter Rechtspopulismus versteht man eine politische Strategie, die autoritäre Vorstellungen vertritt und verbreitete rassistische Vorurteile ausnutzt und verstärkt.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

Resilienz / Vulnerabilität

Bezogen auf Menschen beschreibt Resilienz die Fähigkeit, schwierige Lebenssituationen wie Krisen oder Katastrophen ohne dauerhafte Beeinträchtigung zu überstehen. Nicht resiliente Menschen und Gesellschaften werden häufig als vulnerabel bezeichnet.

Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Ressource

Man bezeichnet mit dem Begriff Ressourcen bestimmte Mittel, die nötig sind, um ein Ziel zu erreichen.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

Sexismus

Der Begriff beschreibt eine Art von Diskriminierung. Sexismus bedeutet die Benachteiligung, Abwertung, Verletzung und Unterdrückung einer Person oder einer Gruppe aufgrund des Geschlechts. Sexismus ist auch die Vorstellung, dass Geschlechter eine Ordnung oder Reihenfolge haben. Zum Beispiel die Vorstellung, dass Männer mehr wert sind als Frauen.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

Soziale Segregation

Soziale Segregation beschreibt die räumliche Ungleichverteilung der städtischen Bevölkerung nach sozioökonomischen Merkmalen wie Einkommen und Bildungsstand.

Quelle: Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern

Sozioökonomischer Status

Dies beschreibt die Position einer Person, Familie oder eines Haushalts in der sozialen Hierarchie. Hiermit sind Ressourcen im Haushalt gemeint, als auch das Einkommen, die Bildung und den Beruf der Eltern.

Quelle: John Hattie in "Visible Learning"

Systemrelevant

Spätestens seit der Corona-Krise haben die meisten den Begriff „systemrelevant“ schon einmal gehört. Damit werden Einrichtungen und Berufe bezeichnet, die für ein Land und seine Bürger:innen sehr wichtig sind. Ohne diese Einrichtungen und Berufe würde das Leben und wichtige „Systeme“ – zum Beispiel die Versorgung kranker Menschen – nicht funktionieren. Um diese und viele andere wichtigen „Systeme“ funktionsfähig zu halten, werden Personen und Unternehmen in diesen Bereichen besonders geschützt und unterstützt.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

Trans

Trans* Menschen sind Menschen, denen bei Geburt ein Geschlecht zugewiesen wurde, das nicht ihrer Identität entspricht. Beispielsweise ist ein trans* Mann ein Mann, der bei Geburt den Geschlechtseintrag „weiblich“ erhalten hat. Es gibt auch trans* Menschen, die sich gar keinem Geschlecht zugehörig fühlen. Das Sternchen am Ende des Adjektivs „trans*“ soll Raum für verschiedene Geschlechtsidentitäten lassen.

Quelle: Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Trauma

Ein Trauma ist ein belastendes Ereignis, das von Betroffenen nicht bewältigt und verarbeitet werden kann. Es ist oft Resultat von Gewalteinwirkung – sowohl physischer wie psychischer Natur. Bildhaft lässt es sich als eine „seelische Verletzung“ verstehen. Als traumatisierend werden im Allgemeinen belastende Ereignisse wie schwere Unfälle, Erkrankungen und Naturkatastrophen, aber auch Erfahrungen erheblicher psychischer, körperlicher und sexueller Gewalt sowie schwere Verlust- und Vernachlässigungserfahrungen bezeichnet. Sie können tiefe Wunden in der Seele hinterlassen, die einen Menschen das Leben lang beeinträchtigen. Wie eine körperliche Verletzung Zeit braucht, um zu verheilen, ist auch ein Trauma eine Verletzung der Seele, die ebenfalls Zeit braucht zum Verheilen.

Quelle: Deutsche Traumastiftung

Verschwörungsmythos / Verschwörungserzählung

Eine Verschwörungserzählung ist eine Annahme darüber, dass als mächtig wahrgenommene Einzelpersonen oder eine Gruppe von Menschen wichtige Ereignisse in der Welt beeinflussen und damit der Bevölkerung gezielt schaden, während sie diese über ihre Ziele im Dunkeln lassen. Der Begriff Mythos bezeichnet eine Geschichte, die Menschen für wahr halten und die häufig tief und langdauernd in der jeweiligen Gesellschaft verankert ist.

Quellen: Katharina Nocun, Pia Lamberty (2020). Fake Facts. Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen. Quadriga Verlag, S.18; Pia Lamberty für Bundeszentrale für politische Bildung

Zeitenwende

Der Begriff bezeichnet per Definition das Ende eines Zeitalters und den Anfang einer neuen Zeit. Es handelt sich bei einer Zeitenwende somit um ein Ereignis oder einen Prozess, der in der Folge große Veränderungen oder etwas Neues mit sich bringt. Häufig spricht man im Zusammenhang mit solch einschneidenden Ereignissen auch von einer Zäsur. Der Begriff ist seit der Rede von Bundeskanzler Scholz Ende Februar 2022 kurz nach dem russischen Angriff auf die Ukraine ein fester Bestandteil der gesellschaftlichen Debatte und steht nicht zuletzt für den Beschluss über ein 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr infolge der „Zeitenwende-Rede“.

Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung



Unsplash: Hannah Busing

Autor:innen



Nina Heinrich
Chefredakteurin



Klaudia Lagozinski
Redaktionsleitung



Hanna Broghammer
Redakteurin



Samuel Enge
Redakteur



Lea Erceg
Redakteurin



Svetlana Greydina
Redakteurin



Wiebke Howestädt
Redakteurin



Lea-Marie Jessen
Redakteurin



Lennart Jördens
Redakteur



Greta Kiso
Redakteurin



Lara Müller
Redakteurin



Aline Scholz
Redakteurin

Literaturquellen

Die Quelle dieser Jugendbroschüre ist der 17. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung. Aus folgenden Quellen, die im Bericht genutzt wurden, sind auch im Rahmen der Broschüre Inhalte aufgeführt worden:

Andresen, S./Lips, A./Möller, R./Rusack, T./Thomas, S./Schröer, W./Wilmes, J. (2020b): Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie JuCo. Hildesheim. <https://doi.org/10.18442/120>; [10.04.2024].

Bartels, A./Brahimi, E./Karic, S./Rück, F./Schröer, W. (2022): Listening to young people: Mobility for future. Zentrale Ergebnisse der Studie: Learning Mobility in Times of Climate Change (LEMOCC). Bonn: Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. https://ijab.de/fileadmin/redaktion/PDFs/Shop_PDFs/220823_IJAB_Report_LEMOCC_ES.pdf; [15.03.2024].

Beigang, S./Fetz, K./Kalkum, D./Otto, M. (2017): Diskriminierungserfahrungen in Deutschland. Ergebnisse einer Repräsentativ- und einer Betroffenenbefragung. Baden-Baden, S. 98–99.

Berngruber, A./Herz, A. (2023): Verselbstständigung als eine zentrale Herausforderung des Jugendalters – Wann im Leben findet was zum ersten Mal statt und inwiefern hat die Corona-Pandemie junge Menschen ausgebremst? In: Sozial Extra, H. 3, S. 126–131.

Bokelmann, O. (2024): Jugend und Beteiligung Expertise im Rahmen des 17. Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung.

Böllert, K. (Hrsg.) (2018): Kompendium Kinder- und Jugendhilfe. Wiesbaden.

Bundesagentur für Arbeit (2022a): 4.1 SGB II-Hilfequote der leistungsberechtigten Kinder unter 18 Jahren in Bedarfsgemeinschaften. https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/202206/iiia7/kinder/kinder-dwolk-0-202206.xlsx?__blob=publicationFile&v=1; [08.04.2024].

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2021a): Dritter Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen. Berlin. <https://www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/Broschueren/a125-21-teilhabebericht.html>; [28.03.2024]

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2017a): Freiwilliges Engagement junger Menschen. Sonderauswertungen des Vierten Deutschen Freiwilligensurveys. Berlin. <https://www.publikationen-bundesregierung.de/pp-de/publikationssuche/freiwilliges-engagement-junger-menschen-sonderauswertungen-des-vierten-deutschen-freiwilligensurveys-729140> [25.03.2024].

Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2020b): Corona-Pandemie. „Nummer gegen Kummer“ ab sofort länger erreichbar. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/-nummer-gegen-kummer-ab-sofort-laenger-erreichbar-154606>; [15.01.2024].

- Bundeskriminalamt (BKA) (2022): Partnerschaftsgewalt. Kriminalstatistische Auswertung – Berichtsjahr 2021. https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/Partnerschaftsgewalt/Partnerschaftsgewalt_2021.pdf?__blob=publicationFile&v=10; [09.04.2024]
- Europäische Kommission (2022): Youth Action Plan (YAP) in EU external action 2022–2027. <https://international-partnerships.ec.europa.eu/system/files/2022-10/Joint%20Communication%20%20Youth%20Action%20Plan%20in%20EU%20external%20action%202022%20%E2%80%932027.pdf>; [22.03.2024].
- IPSOS (2022): Was bewegt die Jugend in Deutschland? Einstellungen und Sorgen der jungen Generation Deutschlands. Gütersloh. https://www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Policy_Brief_Jugendstudie.pdf; [06.03.2024].
- Jones, L./Bellis, M. A./Wood, S./Hughes, K./McCoy, E./Eckley, L./Bates, G./Mikton, C./Shakespeare, T./Officer, A. (2012): Prevalence and risk of violence against children with disabilities: a systematic review and meta-analysis of observational studies. In: Lancet, 380. Jg., H. 9845, S. 899–907.
- Krell, C. (2022): Pluralisierung und Vielfalt als Merkmal jugendlicher Lebensrealitäten – eine Darstellung am Beispiel sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. In: Berngruber, A. (Hrsg.): Erwachsenwerden heute. Lebenslagen und Lebensführung junger Menschen. Stuttgart, S. 67–78.
- Kress, D. (2021): Greenpeace Nachhaltigkeitsbarometer 2021 – Wir sind bereit und wollen endlich eine nachhaltige Zukunft! Zusammenfassung. Greenpeace. <https://www.greenpeace.de/publikationen/greenpeace-nachhaltigkeitsbarometer-2021-0>; [16.01.2024].
- Kuger, S./Walper, S./Rauschenbach, T. (Hrsg.): Aufwachsen in Deutschland 2019. Alltagswelten von Kindern, Jugendlichen und Familien: AID:A 2019. Bielefeld.
- Küpper, B./Klocke, U./Hoffmann, C. (2017): Einstellungen gegenüber Lesben, Schwulen und Bisexuellen in Deutschland. Ergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Umfrage. Berlin. Gille/Milbradt 2021.
- Lehmann, L./Goede, L.-R./Schröder, C. P. (2020): Meine Gewaltaffinität, mein Interesse an Politik und meine Zukunftssicht? Einflussfaktoren von extremistischen Einstellungen bei Jugendlichen. In: Meinhardt, A. K./Redlich, B. (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis. Frankfurt a. M., S. 68–77.
- McDonald's Deutschland/Institut für Demoskopie Allensbach/Hurrelmann, K. (Hrsg.) (2019): Kinder der Einheit – same same but (still) different! Die McDonald's Ausbildungsstudie 2019. München.
- National Coalition Deutschland (2019): Der Zweite Kinderrechtebericht. Berlin. <https://netzwerk-kinderrechte.de/wp-content/uploads/2020/12/Kinderrechtebericht.pdf>; [15.12.2024].
- Scharmanski, S./Breuer, J./Heßling, A. (2022): Sexuelle Orientierung junger Menschen in Deutschland. Jugendsexualität 9. Welle. Köln. <https://shop.bzga.de/pdf/13316319.pdf>; [10.04.2024].
- Scharmanski, S./Heßling, A. (2022): Sexuelle Erfahrungen im Jugendalter. Köln. <https://shop.bzga.de/pdf/13316318.pdf>; [10.04.2024].
- Statistisches Bundesamt (2023k): Statistischer Bericht – Mikrozensus – Bevölkerung nach Einwanderungsgeschichte – Vorabergebnisse Erstes Halbjahr. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Publikationen/Downloads-Migration/statistischer-bericht-einwanderungsgeschichte-vorab5122126238005.html>; [18.03.2024].

Statistisches Bundesamt (2024g): Gefährdung durch Armut oder soziale Ausgrenzung: AROPE-Indikator nach Geschlecht und Alter im Zeitvergleich. [https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Lebensbedingungen Armutsgefaehrung/Tabellen/eurostat-armut-sozialeausgrenzung-mz-silc.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft%20Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Lebensbedingungen%20Armutsgefaehrung/Tabellen/eurostat-armut-sozialeausgrenzung-mz-silc.html); [08.04.2024] Bundesagentur für Arbeit 2022a.

Umweltbundesamt (UBA) (2021): Wie hoch sind die Treibhausgasemissionen pro Person in Deutschland durchschnittlich? <https://www.umweltbundesamt.de/service/uba-fragen/wie-hoch-sind-die-treibhausgasemissionen-pro-person>; [21.05.2024].

Wagner, U./Gerlicher, P./Brüggen, N. (2011): Partizipation im und mit dem Social Web – Herausforderungen für die politische Bildung. Expertise für die Bundeszentrale für politische Bildung. München. https://www.jff.de/fileadmin/user_upload/jff/veroeffentlichungen/PDFs/2018_hochgeladen/Expertise_Partizipation_Im_Social_Web_01_jff_muenchen.pdf; [31.03.2023].

Wike, R./Poushter, J./Silver, L./Cornibert, S. (2019): European Public Opinion Three. S. 88. <https://www.pewresearch.org/global/2019/10/15/european-public-opinion-three-decades-after-the-fall-of-communism/>; [28.02.2024].

Zick, A./Küpper, B/Berghan, W. (2019): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung v. Franziska Schröter (FES-Mitte-Studie). Bonn.

Grafikquellen

Seite 10: Statistisches Bundesamt 2024g, Bundesagentur für Arbeit 2022a, aufgeführt im 17. KJB, S. 116

Seite 15: Jones u. a. 2012, aufgeführt im 17. KJB, S. 213

Seite 17: Beigang u. a. 2017, aufgeführt im 17. KJB, S. 119

Seite 26: NationalCoalition 2019b, aufgeführt im 17. KJB, S. 184

Seite 28: Expertise von Oliver Bokelmann, Anhangsband „Beteiligung“ zum 17. KJB

Seite 39: Wike u. a. 2019, S. 88, Küpper u. a. 2017, S. 156, aufgeführt im 17. KJB, S. 120

Seite 45: IPSOS 2022, S. 4, aufgeführt im 17. KJB, S. 269

Seite 47: Berngruber/Herz 2023, S. 129ff, aufgeführt im 17. KJB, S. 256

Seite 51: Quelle: IPSOS 2022, S. 9, aufgeführt im 17. KJB, S. 270

Bildnachweise

Titelbild: iStock, FatCamera / <https://www.istockphoto.com/de/foto/diverse-preteen-kinder-draußen-zusammen-gm1165099982-320465413?searchscope=image%2Cfilm>

Seite 08: iStock, Daisy-Daisy / <https://www.istockphoto.com/de/foto/teenage-boy-in-rollstuhl-spielen-basketball-mit-freunden-gm1137349662-303267737>; Unsplash, Sandra Seitamaa / <https://unsplash.com/de/fotos/ein-mann-und-zwei-kinder-gehen-eine-unbefestigte-strasse-entlang-VCdpqePh7Pg>; Unsplash, Getty Images / <https://unsplash.com/de/fotos/traurigkeit-stimmung-trauriger-junge-in-hellblauer-rtsbashka-und-grauer-hose-der-auf-den-stufen-der-stadttreppe-sitzt-mit-einem-buch-das-seine-hande-darauf-legt-RYdtNHUCBm8>; iStock, Srdjanns74 / <https://www.istockphoto.com/de/foto/sehr-junge-hungrige-und-verängstigte-obdachlose-teenager-mädchen-das-allein-auf-der-gm1288427876-384378460>; Unsplash, Ave Calvar / <https://unsplash.com/de/fotos/eine-frau-arbeitet-an-einem-stuck-holz-LgqCEX7QP7c>

Seite 12: Unsplash, Getty Images / <https://unsplash.com/de/fotos/liebvoller-afroamerikanischer-vater-und-susser-sohn-der-zusammen-auf-dem-boden-liegt-und-mit-bunten-bleistiften-im-album-zeichnet-familienzeit-zu-hause-konzept-des-miteinanders-uQ-9EGuJZ1k>

Seite 13: Unsplash, Hrant Khachatryan / <https://unsplash.com/de/fotos/eine-frau-die-ein-kind-am-strand-halt-Rd0tbWV5hww>

Seite 18: Unsplash, Markus Spiske / <https://unsplash.com/de/fotos/kind-im-grauen-langarmhemd-sitzt-tagsuber-auf-schaukel-JnNcm9EBsTw>

Seite 20: Alamy, imageBROKER.com GmbH & Co. KG / <https://www.alamy.com/karl-marx-monument-in-chemnitz-saxony-image61904058.html?>

Seite 21: iStock, Halfpoint / <https://www.istockphoto.com/de/foto/frontansicht-von-jungen-teenager-mädchen-freunde-im-freien-in-der-natur-selfie-gm1280737244-378970221>

Seite 24: Unsplash, Mika Baumeister / <https://unsplash.com/de/fotos/eine-person-fullt-ein-formular-mit-einem-stift-aus-AVERPZyQAaI>; Unsplash, Christian Lue / <https://unsplash.com/de/fotos/eine-menschenmenge-mit-einem-schild-und-einer-regenbogenfahne-e2VVbX-ZYps>; iStock, shironosov / <https://www.istockphoto.com/de/foto/süßes-schulmädchen-mit-klemmbrett-das-einen-bericht-von-tribune-macht-gm1359833745-433045729>; Unsplash, Andy Quezada / <https://unsplash.com/de/fotos/eine-gruppe-von-menschen-in-orangefarbenen-westen-die-an-einem-baum-arbeiten-R1vXoeuingo>; iStock, Halfpoint / <https://www.istockphoto.com/de/foto/gruppe-von-menschen-aktivisten-protestieren-auf-straßen-streik-und-gm1282327893-380091038>

Seite 27: iStock, Nutthaseth Vanchaichana / <https://www.istockphoto.com/de/foto/raising-hands-gm864886554-241883798?searchscope=image%2Cfilm>

Seite 29: iStock, Seventyfour / <https://www.istockphoto.com/de/foto/mädchen-sharing-in-der-selbsthilfegruppe-gm1419157251-465613914>

Seite 32: Alamy, Serhii Suravikin / <https://www.alamy.com/young-coach-with-clipboard-teaches-children-strategy-playing-on-football-field-image375627430.html?>

Seite 33: Unsplash, Getty Images / <https://unsplash.com/de/fotos/junger-mann-und-frau-wahlen-spendenkleidung-aus-rYQa0WVCdNE>

Seite 36: Unsplash, Christian Lue / https://unsplash.com/de/fotos/eine-menschenmenge-die-umeinander-herumsteht-und-schilder-hochhalt-Hf11_x2Wz5c; Unsplash, Leon Seibert / <https://unsplash.com/de/fotos/weissbetongebäude-in-der-nahe-von-gewässern-tagsüber-dmtOsXvl8jc>; Alamy, Herrmann Agenturfotografie / <https://www.alamy.com/german-constitution-deutsches-grundgesetz-image364667374.html?>; Alamy, imageBROKER.com GmbH & Co. KG / <https://www.alamy.com/stock-photo-members-of-a-right-wing-hungarian-party-wearing-combat-boots-symbolic-72618072.html?>; Unsplash, Jayson Hinrichsen / <https://unsplash.com/de/fotos/ein-mann-und-eine-frau-sitzen-auf-einer-couch-unter-einer-decke-DIc-2vigIVQ>

Seite 37: iStock, Stadtrate / <https://www.istockphoto.com/de/foto/ein-computer-und-eine-geschmack-mit-dem-wort-hass-gm1097882282-294843063>

Seite 44: Unsplash, Getty Images / <https://unsplash.com/de/fotos/eine-draufsicht-auf-eine-ukrainische-fluchtlings-schulerin-die-ihr-zuhause-vermisst-und-ihre-familie-zeichnet-ukrainisches-kriegskonzept-AAT2sE80Sak>; iStock, tomazl / <https://www.istockphoto.com/de/foto/viel-village-gm1611633269-530978914>; iStock, DesignRage / <https://www.istockphoto.com/de/foto/aufgrund-von-personalmangel-geschlossen-gm2135654442-568241071>; Unsplash, Janosch Lino / <https://unsplash.com/de/fotos/weisses-hemd-fur-herren-snDUMdYF7o8>; Unsplash, Daniel Tafjord / <https://unsplash.com/de/fotos/frau-im-schwarz-weissen-kleid-60QEnTvCND0>

Seite 46: Unsplash, Serj Sakharovskiy / <https://unsplash.com/de/fotos/frau-im-schwarzen-hijab-in-der-nahe-des-glasfensters-IL7ygZyKOew>

Seite 48: Unsplash, Anthony Tran / <https://unsplash.com/de/fotos/eine-frau-halt-sich-die-hande-vors-gesicht-i-eP-v9Dxg7U>

Seite 54: Unsplash, Beytullah Çitlik / <https://unsplash.com/de/fotos/ein-junge-in-einer-gelben-westen-der-eine-plastikflasche-halt-8rUHmUK7SNE>

Seite 56: Unsplash, Getty Images / <https://unsplash.com/de/fotos/ein-trauriges-ukrainisches-einwandererkind-mit-gepack-das-am-bahnhof-wartet-ukrainisches-kriegskonzept-tlYZLahKgJM>

Seite 57: Unsplash, Curated Lifestyle / <https://unsplash.com/de/fotos/familienreinigung-in-der-kuche-Oa5yDYb-cKeY>

Seite 64: Unsplash, Hannah Busing / <https://unsplash.com/de/fotos/person-im-roten-pullover-halt-babyhand-Zyx1bK9mqmA>

Impressum

**Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.**

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Referat Öffentlichkeitsarbeit
11018 Berlin
www.bmfsfj.de



Bezugsstelle:

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
Tel.: 030 18 272 2721
Fax: 030 18 10 272 2721
Gebärdentelefon: gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
Website: www.bmfsfj.de

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 030 20 179 130
Montag–Donnerstag: 9–18 Uhr
Fax: 030 18 555-4400
E-Mail: info@bmfsfjservice.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115*

Layout:

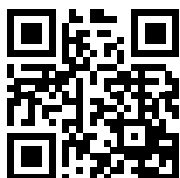
Dennis Stockfisch

Artikelnummer: 5BR608

Stand: Dezember 2024, 1. Auflage

Druck: MKL Druck GmbH & Co. KG

* Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 zur Verfügung. In den teilnehmenden Regionen erreichen Sie die 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr. Die 115 ist sowohl aus dem Festnetz als auch aus vielen Mobilfunknetzen zum Ortstarif und damit kostenlos über Flatrates erreichbar. Gehörlose haben die Möglichkeit, über die SIP-Adresse 115@gebaerdentelefon.d115.de Informationen zu erhalten. Ob in Ihrer Region die 115 erreichbar ist und weitere Informationen zur einheitlichen Behördenrufnummer finden Sie unter <http://www.d115.de>



www.bmfsfj.de

 facebook.com/bmfsfj

 x.com/bmfsfj

 linkedin.com/company/bmfsfj

 youtube.com/@familienministerium

 instagram.com/bmfsfj